

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Donnerstag, 9. Juni 1927.

Nr. 133.

**Bezugsbedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
janzährig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich (rüb)

## Die Resolution des Deutschen Juristentages.

Der tschechoslowakische Schulminister Dr. Godza, dem als Hauptaufgabe zugefallen zu sein scheint, im Auslande für die tschechisch-deutsche Bürgerregierung eine mit den Tatsachen in schreiendem Widerspruch stehende Propaganda zu betreiben, hat im Gespräch mit einem Redakteur der „Neuen Freien Presse“ die Dinge bei uns wieder einmal so dargestellt, als wäre die Lösung des nationalen Minoritätenproblems die dringendste Sorge der Regierungsmehrheit, und als würde die Koalitionsmehrheit mit Vollmacht an dieser Lösung arbeiten. Wie Godza richtig voraussah, kann man dem unwissenden Weltblatt des Herrn Benedikt alles aufschwätzen, und so läßt er dieses erzählen, daß auch die Verwaltungsreform diesem Zwecke diene und eigentlich die Voraussetzung sei, um den kulturellen Forderungen der nationalen Minoritäten im Staate Rechnung tragen zu können. Er hat auch mit Genugtuung festgestellt, daß sich die tschechischen und deutschen Regierungsparteien in den letzten Tagen über die Verwaltungsreform geeinigt haben. Daß diese „Einigung“ in der Unterwerfung der deutschen Regierungsparteien unter das Diktat der tschechischen Machthaber besteht, die in den monatelangen Zwischenverhandlungen in keinem einzigen wesentlichen Punkte den Forderungen der deutschen Regierungsparteien — von jenen der Opposition gar nicht zu reden — nachgegeben haben, hat Dr. Godza wohlweislich verschwiegen.

Fast zur gleichen Stunde, da Herr Godza die „Neue Freie Presse“ beschwieg, und diese ihm dummdübelhaft auf seine Fälschungen hereinfiel, hat eine bedeutsame Körperschaft über die von ihm gerühmte Verwaltungsreform ein in seiner Sachlichkeit und Ruhe vernichtendes Urteil gefällt und diese Körperschaft hat unter dem Vorsitz eines anderen Ministers des tschechoslowakischen Staates, des deutsch-christlich-sozialen Justizministers Dr. Mahr-Harting, getagt! Die von der Ständigen Vertretung des Deutschen Juristentages beschlossene und der Schlussverammlung des Juristentages bekannt gegebene Resolution, die den Windhemeleien Godzas ein jähes Ende bereite, und die der „Neuen Freien Presse“ sagen mußte, von was für einem Wahrheitsfanatiker sie sich über die Verhältnisse in der Tschechoslowakischen Republik informieren läßt, konnte nicht zu gelegenerer Zeit kommen. Denn eben jetzt, da die Deutschbürgerlichen, deren Heldenzeitalter der Aufschneidung gegen die Svehla-Cernische Prügel- und Drosselungsreform nicht lange dauerte, sich zu ihrem zweiten großen Verrat aufschneiden und da das Ergebnis ihrer Ratselien in der Koalition sich als so armselig erweist, daß der Entwurf fast ungeschmälert seine Gefährlichkeit behält, ist die Beurteilung der Grundzüge der Verwaltungsreform durch den Juristentag von hohem Werte. Man kann sicher damit rechnen, daß die deutschbürgerlichen Parteien, die sich aufs neue durch ihre Feigheit und Feilheit mit neuer schwerer Schuld beladen haben, in der nächsten Zeit sich bemühen werden, der Bevölkerung einzureden, daß die vorgenommenen Änderungen wichtige Erfolge sind, daher kommt das Urteil und kommen die vom Deutschen Juristentag, also von einer überparteilichen Tagung, aufgestellten Grundzüge, wie eine Verwaltungsreform aussehend müßte, um zu dem alten Unrecht nicht neues ungeheuerliches Unrecht gegen die demokratischen Grundrechte hinzuzufügen, gerade zeitgerecht.

„Die Vorlage über die Organisation der politischen Verwaltung erfüllt die vorstehenden Forderungen nicht“, so sagt die Resolution des Deutschen Juristentages nach Aufzählung dieser Forderungen ihr Urteil zusammen. Aber die Vorlage entspricht nicht einmal und nicht im entferntesten — auch nicht in der neuen Form, die ihr die Regierungsmehrheit zu geben gedenkt! — dem, was die deutsch-

## Nichts erreicht!

Die Deutschbürgerlichen konnten bezüglich der Verwaltungsreform nicht ein wesentliches Zugeständnis erzielen. Feststellungen des Gen. Dr. Czech im Verfassungsausschuß.

Prag, 8. Juni. Der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses lagen endlich die Abänderungsanträge zur Verwaltungsreform vor, die die Koalition in monatelangen Verhandlungen vereinbart hatte und deren Veröffentlichung den deutschen Regierungsparteien zuliebe so lange verzögert worden war.

Genosse Dr. Czech konnte in einer wirkungsvollen Rede feststellen, daß aus der ursprünglichen Vorlage gerade nur die allergrößten Absurditäten beseitigt wurden, daß sich aber an dem reaktionären Grundcharakter der Vorlage, die namentlich für die Minderheiten geradezu ruinös ist, nichts geändert hat. Namentlich die von den deutschen Regierungsparteien seinerzeit unter dem Druck unserer Protestaktion beschlossenen Mindestforderungen, von deren Erfüllung sie ihre Stellung zu der Genosse Dr. Czech stellte, von den tschechischen Koalitionsparteien glatt zurückerworben worden; nach monatelangen Verhandlungen lehren die Unterhändler der deutschen Regierungsparteien mit leeren Händen zurück!

Wir geben die Rede des Genossen Dr. Czech nachfolgend im Auszug wieder:

Die durch die Abänderung der ursprünglichen Vorlage herbeigeführte neue Situation erscheint naturgemäß eine neuerliche Zielsetzung unserer Partei. Allerdings ist in diesem Augenblick eine erschöpfende Stellungnahme noch unmöglich, denn die Mehrheit hat sich erst im allerletzten Augenblick bei Beginn der heutigen Sitzung zur Abänderung des Wortlauts der Abänderungen bestimmen lassen. Also müssen wir uns auf die bloße Erörterung der mündlichen Referentendarlegungen beschränken und uns das letzte Wort bis zu dem Zeitpunkt vorbehalten, in dem wir den neuen Entwurf in seiner letzten juristischen Formulierung überprüft haben werden.

Und nun zur Regierungsvorlage in ihrer neuen Gestalt. Kurz und bündig läßt sich das Urteil über sie dahin zusammenfassen, daß auch sie ebenso wie die erste Vorlage mit aller Entschiedenheit abgelehnt und auf das schärfste bekämpft werden muß. Denn sie bedeutet sowohl in ihrem strafrechtlichen, als auch im verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Teile ein schweres Attentat auf die Gesamtbevölkerung des Staates, in verstärktem Maße auf die Minderheiten, ganz besonders aber auf die Arbeiterklasse, für die sie in ihrem polizei-strafrechtlichen Teile ein neues Sozialistengesetz in sich birgt.

Es ist wohl wahr, daß im neuen Entwurf gewisse Ungeheuerlichkeiten verschwunden sind, aber ich frage, ob es denn in der gesamten Öffentlichkeit irgend jemanden gegeben hat, der auch nur einen Augenblick daran denken konnte, daß all die Ungeheuerlichkeiten und Absurditäten, die die ursprüngliche Vorlage enthielt, auch nur der zahmsten Kritik, geschweige denn dem elementaren Aufsturm der freizeithellen Öffentlichkeit standhalten können.

bürgerlichen Parteien als Mindestmaß bezeichnet haben, um sie für diese Parteien annehmbar zu machen. Als am 11. März die Reichsparteileitung der christlichsozialen Volkspartei, gezwungen durch den Widerstand in ihrem eigenen Parteilager, zur Verwaltungsreform Stellung nahm, forderte sie für alle öffentlichen Körperschaften die Wahl und lehnte aus nationalen Gründen ein unbeschränktes Ernennungsrecht der Regierung ab. In der neuen Fassung bleibt das unbeschränkte Ernennungsrecht der Regierung aufrecht, denn ob die Regierung vorher gewisse Körperschaften anhören muß oder nicht, ändert nichts an dieser Unbeschränktheit und nichts daran, daß keine Kompetenz die jeweilige Regierung an dem parteipolitischen und nationalen Mißbrauch bei der Ausübung dieses Rechtes hindern kann. Die christlichsoziale Reichsparteileitung hat ferner eine gerechte Regelung der Sprachenfrage in allen Vertretungskörpern, eine gesetzliche Festlegung des Polizeistrafrechtes und des Verwaltungsrechtes, eine gesetzliche Sicherung gegenüber bürokratischer Willkür und schließlich Berücksichtigung der einmütigen Forderung der Gesamtbevölkerung von Schlessen gefordert. Das alles heißt: erst dann, wenn diesen Mindestforderungen entsprochen sein wird, werden die deutschen Regierungsparteien dem Entwurf zustimmen können. Die Resolution der christlichsozialen Reichsparteileitung ist nicht mehr als eine schöne Geste geblieben, denn die Deutschbürgerlichen, inklusive der deutschen Christlichsozialen, sind nur zu rasch umgefallen und haben gezeigt,

Konten die Verfasser der Vorlage, konnte die Regierung, konnten die Koalitionsparteien auch nur einen Augenblick daran glauben, daß die Bevölkerung all die Ungeheuerlichkeiten, die die ursprüngliche Vorlage enthielt, ruhig hinnehmen und widerspruchlos über sich ergehen lassen wird?

Nur Dumme konnten so naiv sein, all dies für möglich zu halten!

Und jetzt, da nur ein kleiner Bruchteil dieser Absurditäten aus der Vorlage beseitigt wird, wirft man sich auf tschechischer und deutscher Seite stolz in die Brust und verlangt, ob der sogenannten „ungeheueren Zugeständnisse“, ob der grandiosen „Verbesserungen“ der Vorlage oder — wie die deutsche Regierungspresse sagt — ob der „erzielten großen Erfolge“ belobt und beglückwünscht zu werden! Mit demselben Recht hätte beispielsweise im neuen Prügelpatent auch ausgesprochen werden können, daß schon die bloße — und auch schon im Zuge der Beratung vorgebrachte Kritik der Verwaltungsvorlage mit der Todesstrafe belegt wird. Und wenn Herr Dr. Kramar dann auf diese Bestimmung ungeduldig verzichtet hätte, hätte ich mich am Ende bei ihm noch bedanken müssen, daß er mir das Leben gerettet habe.

Ich habe mich bei den kraftlosesten Bestimmungen der alten Vorlage absolut nicht des Eindruckes erwehren können, daß hier auf gut Glück manövriert wurde und

daß alle die vielen Ungeheuerlichkeiten der ersten Vorlage nichts als Versuchsdallons gewesen sind. Darum vermag ich die durchgeführten Abänderungen absolut nicht als Ausfluß überquellender Demokratie anzusehen, sondern bestenfalls —

und das ist mein äußerstes Zugeständnis — zum Teile als die richtige Einschätzung und Erkenntnis der Grenzen der Macht des Bürgerblocks, zum andern Teile als ein Zeichen für das Vorhandensein eines letzten Restes von Schamgefühl,

das man in diesem Falle umso beruhigter spielen lassen konnte, als der unabänderliche Teil als der eiserne Bestand der neuen Vorlage ohnehin alles in sich birgt, was die Nachgiebigkeit der tschechischen und deutschen Bourgeoisie zur Festigung und Verankerung ihrer Positionen für die nächste Zeit benötigt.

Alles dies konnte auf tschechischer Seite nur durch die Verleugnung der revolutionären Vergangenheit des Bürgertums, nur durch die vollständige Liquidierung und systematische Ausrottung der aus der Umsturzzeit herrührenden demokratischen Ueberbleibsel, auf deutscher Seite nur durch Zustimmung zur Stabilisierung der Fremdherrschaft des Staatsvolkes über alle andern und vor allem über das deutsche Volk dieses Landes und auf deutscher und tschechischer Seite nur durch Ueberantwortung aller Macht an eine mit autokratischen Gewaltmitteln ausgestattete Bürokratie, nur durch Wiedereinsetzung des alten habsburgisch punzierten Obrigkeitstaates erreicht werden.

Was wir hier gesagt haben, wollen wir auch erweisen und vor allem aufzeigen, daß unser Urteil nicht etwa auf den parteimäßigen Agitationsbedarf zugeschnitten ist. Darum will ich für einen Augenblick es versuchen, die neue Vorlage aus dem Gesichtswinkel der deutschen Regierungsparteien zu prüfen und hierbei auf ihre aus den Ämtern der Regierungsposition stehenden vagen und lauschkunartigen Formulierungen in Kauf nehmen.

In der Resolution der deutschen christlichsozialen Partei, die kurz nach dem Erscheinen der Regierungsvorlage beschlossen wurde, wird für alle parlamentarischen Körperschaften die Wahl gefordert und aus nationalen Gründen das unbeschränkte Ernennungsrecht abgelehnt, eine gerechte und praktische Regelung der Sprachenfrage für alle Vertretungskörper, sowie eine gesetzliche Festlegung des Polizeistrafrechtes und Verwaltungsrechtes verlangt, die Berücksichtigung der einmütigen Forderung der gesamten Bevölkerung Schlessens reklamiert und bei Wahrung der behördlichen Autorität auch gesetzliche Sicherungen gegenüber bürokratischer Willkür, sowie schließlich im Sinne einer gesunden demokratischen Entwicklung die Mitbestimmung der Bevölke-

nicht, er kann eben auch anders. Es folgt der Unfall, die neuerliche Kapitulation seiner Partei unter seiner Führung und Mitverantwortung, und Herr Godza darf triumphierend verkünden, daß das Werk der Einigung der Regierungsparteien über die Verwaltungsreform gelungen sei, ohne daß die Verwaltungsreform etwas von ihrem antidemokratischen Gewaltcharakter eingebüßt hätte. In demselben Zeitpunkt, da dies geschah, fungierte Herr Minister Dr. Mahr-Harting als Vorsitzender des Deutschen Juristentages, der die Resolution gegen die Verwaltungsreform beschließt und Grundzüge für eine gerechte Reform der öffentlichen Verwaltung aufstellt, die himmelfern von dem Wechselbalg entfernt sind, den derselbe Mahr-Harting soeben in die Welt zu setzen mitgeholfen hat. Das ist eine Vielfeiligkeit, die richtig zu charakterisieren der höfliche Ausdruck fehlt. Aber Herr Mahr-Harting, der Schnittlauch auf allen Suppen, wird auch aus dieser Situation sich und seinen Ministerrath zu retten wissen. Ehe der Hofn dreimal gekräht haben wird, werden er und seine Partei der Verwaltungsreform im Parlament ihre Zustimmung gegeben haben. In der Politik gibt es keine Sentimentalität, schrieb jüngst ein Regierungsblatt; die Regierungsschleusen und Herr Dr. Mahr-Harting suchen zu beweisen, daß auch Charakter in der Politik eine Ueberflüssigkeit ist. Bleibt nur noch eines: die Wähler, die ja doch einmal die endgültige Entscheidung darüber zu fällen haben werden, ob Moral und Charakter wirklich überflüssige Requisiten in der Politik sind!

Aber nun sehe man sich die Exponenten dieser Parteien in der Regierung, besonders den christlichsozialen Herrn Dr. Mahr-Harting an! Mit seinem Kollegen Dr. Spina unterfertigt er den Entwurf vor dessen Einbringung im Parlamente durch die Regierung. Die launstrommen deutschen Wähler haben so vieles stumm und geduldig über sich ergehen lassen, sie werden auch dieses noch ertragen. So denken Spina und Mahr-Harting, und im Vertrauen darauf beiste sie der letztere, in der Öffentlichkeit zu behaupten, der Entwurf sei zu begrüßen, denn er stelle in nationalpolitischer Hinsicht einen erfreulichen Fortschritt dar. Da lehnen sich die deutschbürgerlichen Wählerkreise dagegen auf, sich selber den Strich um den Hals legen zu sollen, und die deutschen Regierungsparteien müssen sich notgedrungen entschließen, dieser erraten Stimmung Konzeptionen zu machen. Die deutsche christlichsoziale Volkspartei, deren Vorsitzenderstellvertreter der Herr Dr. Mahr-Harting ist, beschließt die erwähnten Bedingungen, die eigentlich ein derber Schlag über das ganze Gesicht dieses ihres höchsten Funktionärs sind. Das irritiert aber den christlichsozialen Herrn Mahr-Harting

# Rußlands Protestnote an Polen.

## Die polnische Regierung mitverantwortlich.

Moskau, 8. Juni. (Tass.) Der Vertreter des Volkstommisariats für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, überreichte dem polnischen Gesandten in Moskau, Patek, nachstehende Note:

Die Regierung der Sowjetunion erhielt soeben die kurze telegraphische Mitteilung über die Ermordung des bevollmächtigten Vertreters der Sowjetunion, Wostow, durch einen russischen Monarchisten. Die Regierung der Sowjetunion bringt dieses unerhörte Verbrechen in Zusammenhang mit einer ganzen Serie von Aktionen, die auf die Zerstörung der diplomatischen Vertretung der Sowjetunion im Auslande hingen und direkt eine Bedrohung des Friedens schafften. Die Überfälle auf die Sowjetbotschaft in Peking, die Belagerung des Konsulats in Shanghai, der Polizeiüberfall auf die Handelsdelegation in London und der provokatorische Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens Englands, diese gesamte Reihe von Akten hat eine Tätigkeit der terroristischen reaktionären Gruppen entsetzt, die in ihrem ohnmächtigen und blinden Haß gegenüber der Arbeiterklasse zur Waffe der

politischen Morde greifen. Die Regierung der Sowjetunion erblickt in der Ermordung ihres Gesandten in Warschau auch eine Folge dessen, daß alle notwendigen Maßnahmen gegen die verbrecherische Tätigkeit russischer konterrevolutionärer terroristischer Organisationen, die die Sache des Friedens in der gegenwärtigen gespannten internationalen Situation besonders gefährdet, von der polnischen Regierung nicht ergriffen wurden. Die Sowjetregierung richtete seinerzeit die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die Tätigkeit der weißgardistischen Terroristen und warnte die polnische Regierung wiederholt vor der Möglichkeit provokatorischer Verbrechen von seiten dieser Elemente.

Indem die Sowjetregierung deshalb entschieden und entrüstet Protest erhebt und glaubt, daß die polnische Regierung die Verantwortung für das Geschehene nicht abzulehnen vermag, behält sie sich das Recht vor, nach Eintreffen eingehender und erschöpfender Nachrichten über das in Warschau verübte Verbrechen auf diese Frage zurückzukommen.

zung bei der Verwaltung so weitgehend als nur möglich begehrt.

In einer zur selben Zeit beschlossenen Resolution des Bundes der Landwirte wurde es als „selbstverständlich“ bezeichnet, daß die deutschen Lebens- und Volksinteressen durch die geplante Neuorganisation nicht beeinträchtigt werden dürfen, gleichzeitig wurden diesbezügliche Sicherungen im Gesetz für notwendig erklärt.

Wenn wir nun im einzelnen nachprüfen, welche der im vorstehenden angeführten Forderungen der deutschen Regierungsparteien ihre Befriedigung gefunden haben, dann muß auch von regierungsparteilicher Seite zugegeben werden, daß kein einziges der erhobenen Bedenken beseitigt, daß in den grundlegenden Fragen auch nicht das geringste wesentliche Angehörnis erzielt wurde und daß die deutschen Koalitionsparteien nach mehrmonatlichen Beratungen der deutschen Bevölkerung nichts, rein nichts Entscheidendes heimgebracht haben!

Denn nach wie vor ist auf weiter Hin von nationaler und kultureller Selbstverwaltung keine Spur, nach wie vor wird an dem Grundproblem des Staates, dem deutschen Problem, absolut nicht gerüttelt, von der nationalen und kulturellen Fremdberrschaft des Staatsvolkes über alle andern Völker nichts abgedankt; im Gegenteil werden die im Gange befindlichen Ansätze zur nationalen Selbstverwaltung und Lokalverwaltung beieitigt und damit die letzte Hoffnung auf Ausgestaltung dieser Ansätze zu voller Autonomie für jeden der das Land bewohnenden Volkstämme begraben.

Nach wie vor bleibt es beim Ernennungsrecht eines vollen Drittels der Landtagsabgeordneten und Bezirksvertretungsmitglieder, ohne daß eine gesetzliche Bindung — und eine solche wird ausdrücklich vom Bunde der Landwirte verlangt — darüber bestünde, daß und in welchem Maße die Regierung bei Ausübung des Ernennungsrechtes der nationalen Schichtung der Bevölkerung und innerhalb derselben ihrer sozialen Gliederung Rechnung tragen wird. Diesbezüglich fehlen außer der Forderung: „unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, kulturellen, nationalen und sozialen Verhältnisse“ alle Anhaltspunkte darüber, in welchem Maße all den eben geschilderten Interessen Rechnung getragen und vor allem welche Garantien hierfür geschaffen werden sollen.

Nach wie vor bleibt es bei der Ausschaltung des Mitbestimmungsrechtes der Bevölkerung an der Verwaltung.

Nach wie vor bleibt es — trotz des christlichsozialen Verlangens nach Berücksichtigung der einmütigen Forderung der Gesamtbevölkerung Zulebens — bei der

### Vergewaltigung Schlesiens,

denn die zur Vornahme irgendwelcher „Erfolge“ gemachten Konzessionen — wie die Bewilligung absonderlicher Kommissionen zur Verwaltung der schlesischen Landesanstalten — werden höchstens durch eine neue Form eines Doppelspiels den Verwaltungsapparat nicht vereinfachen, sondern erst recht kompliziert gestalten. Aber auch die andern Wünsche der Regierungsparteien wurden von den tschechischen Koalitionsparteien glatt ignoriert. Zoll man daher in den Resolutionen der beiden deutschen Regierungsparteien nicht etwa bloß

### ein großangelegtes Abrechnungs- und Täuschungsmanöver

erblicken, dann muß auch von dieser Seite ausgesprochen werden, daß sich an den entscheidenden Teilen der Regierungsvorlage

### rein gar nichts geändert

hat und daß alle jene schweren Bedenken, um derenwillen die Vorlage seitens der deutschen aktivistischen Parteien als unannehmbar bezeichnet wurde, bis auf das letzte Z-Tüpfelchen fortbestehen.

### Das Wort haben nun die deutschen Regierungsparteien,

die sich darüber schlüssig werden müssen, welche Konsequenzen sie aus dem ablehnenden Votum der tschechischen Koalition ziehen werden. Wir größter Spannung erwartet die gesamte deutsche Öffentlichkeit ihre Entscheidung.

### Doch mag von dieser Seite kommen was will, unser Standpunkt ist klar.

Unsere Aufgabe ist es in dieser Stunde, der Bevölkerung den durchaus reaktionären, für die Nationalitäten des Staates geradezu tödlichen, vor allem aber uns um nahezu ein Jahrhundert in der Entwicklung zurückschleudernden Charakter der Regierungsvorlage aufzuzeigen und die ganze vor allem aber die arbeitende Bevölkerung zum Abwehrkampf aufzurufen.

Gegenüber unseren Anklagen wird von den Koalitionsparteien behauptet, daß die Regierungsvorlage auch in jenem Teile, der

### die Polizeibestimmungen

umfaßt, nichts als Selbstverständlichkeiten enthält, daß auch Deutschland und Oesterreich solche Normen vorsehen haben und daß im ganzen und großen nur Alles übernommen und den heutigen Verhältnissen angepaßt wurde. Jedes Wort dieser Behauptungen ist unzutreffend. Denn gemessen an den neuesten Vorbereitungen des tschechoslowakischen Bürgerblods liegt sich die österreichische, nur mit provisorischem Charakter ausgestattete Vorlage wie ein Liebesroman. Das preussische Polizeirecht weist wohl gegenüber dem österreichischen weitergehende und schärfere Bestimmungen auf, doch liegt dort die Strafjustiz in den Händen der Gerichte, worin eben eine sehr bedeutsame Rechtsgarantie gelegen ist, während bei uns die strafende Behörde zugleich Gesetzgeber und Richter ist.

Doch das Auffreizendste ist, daß die jetzigen Polizeinormen sogar eine Verschärfung und Verschlechterung gegenüber dem altösterreichischen Prügelpatent bedeuten,

das für Oesterreich immer einen Schandfleck bildete.

Das wollen wir gleich aufzeigen: Auch das alte Prügelpatent enthält im § 7 ein Strafsanktion und ermöglicht die Erlassung von Verböten — allerdings nur im Rahmen des legalen Wirkungskreises. Das neue Patent enthält aber ein weit ausgreifenderes Verbot- und Gebotsrecht zur Anwendung aller möglichen Gefahren für die Ruhe und Ordnung des Staates. Das alte Prügelpatent läßt lediglich die Verfolgung wegen Störung der Ruhe zu, das neue wegen Störung, aber auch wegen „Bedrohung“ der Ruhe. Das alte Prügelpatent straft bloß polizeiwidriges Verhalten, soweit es Kernernis hervorruft, das neue aber polizeiwidriges Verhalten an sich und überdies Kernernis erregendes Verhalten als folgsch. Das alte Prügelpatent sieht Geldstrafen von 2 bis 200 Kronen, das neue solche bis 5000 Kronen. Das alte Patent kennt Höchststrafen bis zu 14 Tagen, das neue infolge des Annulierungsrechtes von Geld- und Arreststrafen, sowie infolge des Strafvollzugsrechtes Arreststrafen bis zu sechs Wochen. Das alte Prügelpatent schützt lediglich die politischen und Polizeibeamten, das neue nimmt die staatlichen und die autonomen, die gewählten und ernannten Organe unter seine Fittiche. Das alte Schutzgesetz schränkt seine Wirksamkeit auf gewisse öffentliche Versammlungsorte ein, das neue erstreckt sie auf jeden öffentlich zugänglich Ort. Nach dem alten Prügelpatent darf die Polizeistrafe nicht höher sein, als die niedrigste gerichtliche Strafe, nach dem neuen Patent gibt es eine solche Begrenzung nicht. Dabei die Handhabung dieses Polizeistrafrechtes auf Grund eines Verfahrens, das auch nicht die entfernteste Garantie für eine verlässliche Strafverfolgung gibt. Bedenkt man, daß dazu noch unser Rechtswittel-Zug verschlechtert, die Bedingtheit der Strafe und die Strafaufschubsmöglichkeit für den Fall der Anrufung des Obersten Verwaltungsgerichtes nicht vorsehen ist, dann begreift man erst, wie hart und bitter wir die Regierungsvorlage empfinden, die man uns als Modernisierung des Prügelpatentes präsentiert und in der Auslandpropaganda als harmlose Polizeivorkehrung hinzustellen versucht.

Dieser Vorlage gilt unser Kampf. Wird sie Gesetz, dann beladen sich die tschechischen und deutschen Regierungsparteien für immerwährende Zeiten mit Schimpf und Schande.

Ausreißend ist auch, daß die Koalitionsparteien dieser reaktionären Vorlage ein wissenschaftliches Wäntelchen umhängen und ihr die hervorragendsten tschechischen Staatsrechtler vorzuspannen versuchen.

Dabei leistet man sich das Anstößliche, jenen Teil der gutachtlichen Äußerung dieser Professoren, der dem behördenorganisatorischen Teil der Vorlage gegenüber einen ablehnenden Standpunkt einnimmt, zu unterstellen. Verschwiegen werden die abweislichen, nicht minder bedeutsamen und beweiskräftigen Gutachten der deutschen Universitätsprofessoren Dr. Kauchberg und Schranil, unterdrückt werden warnende Stimmen einzelner tschechischer Universitätslehrer, jenseits übergegangen werden die wissenschaftlichen Ergebnisse des letzten im Jahre 1925 abgehaltenen tschechischen Juristentages, dessen Beschlüsse gerade in der entscheidenden Frage — der Regelung des Polizeistrafrechtes — ein geradezu vernichtendes Werturteil über die neue Vorlage beinhalten. Dagegen wird alles auf zwei Karten: Dr. Weyr und Hoevel gelehrt, mit deren Gutachten und Zeitungsartikeln die ganze wissenschaftliche Welt, die ganze theoretische Auseinandersetzung mit dem abweichenden Standpunkt der Opposition bestritten wird. Doch gerade für diesen Zweck eignen sich die Darlegungen des Herrn Professors Dr. Weyr nicht, dem — bei aller Sympathie für seine Persönlichkeit — der Vorwurf schwerster Inkonsistenz nicht erspart werden kann, wenn man seinen heutigen Auffassungen jene Ideengänge entgegenhält, deren erfrühter Verfechter er im alten Oesterreich gewesen ist. Vor mir liegt das Sonderheft der österreichischen Zeitschrift für öffentliches Recht, in dessen Monatsnummer des Jahres 1916 ein Gutachten des Professors Dr. Weyr über Länderautonomie abgedruckt ist. Es lautet wörtlich:

„Die angeführten Mißstände zeigen den Weg für eine vernünftige Neuorganisation.“

Die Kronländer sind territorial zu verändern, und zwar derart, daß die neuen Territorien nation

al möglichst einheitlich gestaltet werden. Für jede Nation — in der Regel wenigstens — je ein Territorium. Die neuen nationalen Territorien sind als Erben der alten historisch politischen Kronländer anzusehen. Sie erhalten in legislativer und exekutiver Hinsicht nationale Autonomie auf Grundlage des Territorialprinzips. Die übrigen Agenden, welche die Nation zur Verwirklichung ihrer Kollektivinteressen (siehe oben) nicht nötig hat, verbleiben dem Zentralstaat, resp. seiner Gesetzgebung und Exekutive. Ein Blick auf die nationale Landkarte, welche die nationalen Zielungsverhältnisse — derzeit nur in groben Umrissen, da jede verlässliche Grundlage fehlt — wiedergibt, beweist, daß die Schaffung solcher einheitlicher nationaler Territorien wohl durchführbar wäre.

Innerhalb der einheitlichen nationalen Territorien sind den Minoritäten ihre individuellen sprachlichen Rechte (im Amt, Schule und öffentlichen Leben) auf Grund des Personalprinzips zu garantieren. Unbedingte Voraussetzung dabei ist, daß der Schutz der Minoritäten in allen Territorien in gleicher Weise geregelt wurde, resp. auf denselben Grundlagen beruht.

In ähnlicher Weise, wie den einzelnen Minoritäten in den autonomen nationalen Territorien müßten allen nationalen Individuen ihre individuellen sprachlichen Rechte der staatlichen Zentralverwaltung gegenüber gewährleistet werden, das heißt also mit anderen Worten: Nationale (hier sowohl wie sprachliche) Gleichberechtigung der Nationalitäten gegenüber dem Zentralstaat.“

Dieses Gutachten Dr. Weyrs stellt in jeder Zeile die Unineffizienz eines von sozialer und nationaler Gerechtigkeit erfüllten Programms der nationalen und kulturellen Selbstverwaltung dar, um dessen willen unsere Partei erst vor drei Tagen im „Kard“ anlässlich der letzten Berliner Rede meines Parteifreundes Dr. Heller des Irredentismus geziehen wurde. Es enthält ein Programm, das fast in jeder Zeile sowohl mit dem alten sozialdemokratischen Brünner Nationalitätenprogramm, als auch mit den auf unserem ersten Teplitzer Parteitag beschlossenen nationalpolitischen Programmsätzen übereinstimmt, und das wir nun gerade in diesem Augenblick mit allem Nachdruck geltend machen und leider nicht nur gegen die tschechischen, sondern auch gegen die deutschen Koalitionsparteien in allerlester Stunde verteidigen müssen. Denn gerade auf diese Stunde kommt es an. Wird sie versäumt und die Regierungsvorlage so beschloffen, wie sie vorliegt, dann ist alles für die Minderheitsvölker dieses Landes auf lange, lange Zeit verloren, dann ist es wohl das Beste, wenn man dieser Verwaltungsreform das Wort vorkauft:

Ihr, die ihr da eintrietet!

Laßt alle Hoffnungen fahren.

Denn die Regierungsvorlage wagt sich nicht nur nicht an das brennendste Problem dieses Staates, an das Minderheitsproblem heran, sondern läßt es bewußt als schwärende Wunde im Staatskörper weiter offen. Was nützen da all die bombastischen Worte und Verheißungen der tschechischen Staatsmänner? Was die Phrasen von den: „Gleichen zwischen Gleichen“? Was die — ganz besonders im Auslande — mit unheimlichem Wortschwall losgelassenen Kammegereien des Ministers Dr. Hodza? Was saufen wir uns für die von diesem Minister dem Redakteur der „Neuen Freien Presse“ am vergangenen Sonntag angekündigte „baldige Schwabonomie“, was für die im Rahmen der Länderautonomie versprochene „baldigste Berücksichtigung der kulturellen Forderungen der nationalen Minoritäten“, was für das Versprechen der „baldigsten, für die europäische Minoritätenpolitik musterhaften Lösung des tschechoslowakischen Minderheitsproblems“, wenn Herr Minister Hodza und mit ihm die Regierung mit samt den Koalitionsparteien zur Einlösung aller der hundertfältigen Versprechungen und so herrlichen Verheißungen nicht mit dem Finger röhren! Woju soll Hodza mit seinen Zusagen Ernst machen, wenn er weiß, daß es zwischen den tschechischen und deutschen Koalitionsparteien — auch ohne daß am nationalen Problem gerührt worden wäre — immer möglich gewesen sei, eine Verständigung zu erzielen, daß hiezu auch die Verwaltungsreform keine Ausnahme gemacht habe und daß sich auch hier die Parteien in den letzten Tagen bereits geeinigt haben.“

Doch eine Einigung der tschechisch-bürgerlichen Parteien mit den drei deutschen aktivistischen-bürgerlichen Parteien ist noch lange keine Einigung mit dem gesamten deutschen Volke, denn die drei deutschen aktivistischen Parteien repräsentieren innerhalb der deutschen Bevölkerung lediglich eine Minderheit. Den auf die drei deutschen aktivistischen Parteien bei den letzten Parlamentswahlen entfallenden 747.000 Stimmen stehen — die deutschen kommunistischen Stimmen mit 150.000 gerechnet — 970.000, also nahezu eine Million deutscher Wähler gegenüber, die durchwegs auf dem Standpunkt der Selbstregierung und Selbstverwaltung der Minderheitsvölker stehen und die eine Profamen- und Vettelpolitik der deutschen Koalitionsparteien mit aller Entschiedenheit verwerfen.

Wie übrigens die deutsche Bevölkerung — soweit sie nicht völlig auf Macht- und Besitzinteressen eingestellt ist — über die staatsrechtlichen Grundprobleme dieses Landes, über die Stellung der Minderheiten im Staate, über die Erfordernisse einer modernen Verwaltungsreform und schließlich über die letzte Verwaltungsreformvorlage denkt, das hat der während der letzten Pfingstfeiertage in Reichenberg tagende

### deutsche Juristentag

gezeigt. Dort wurde, nach vorheriger Beschlussfassung der ständigen Delegation, unter dem Vorsitz des Justizministers, des geistigen Führers der deutschen aktivistischen Parteien, stimmeneinhellig, eine Resolution zum Beschluß erhoben, die in jeder Zeile einen Faustschlag gegen den Geist und Inhalt der Regierungsvorlage darstellt und in jedem Worte — wenn auch in abgeänderter Sprache — als ein Protestschrei gewertet werden muß. Dieses einstimmige Votum ist die lauteste Anklage gegen die deutschen Regierungsparteien, sie ist aber auch ein Warnungsruf in letzter Stunde! Und es ist geradezu ein Treppentritt der Geschichte, daß es gerade der deutsche Minister Mayr-Harting, der mit der entscheidenden Verantwortung für die so verhängnisvolle Entwicklung der deutschen Politik belastete Mann ist, der als Präsident des deutschen Juristentages zum Spruchrohr des mahnenden deutschen Gewissens werden soll, und daß just unter seinem Präsidium und Präsidium Beschlüsse gefaßt wurden, die eine aufs Innigste ausgearbeitete Anklageschrift gegen seine Partei und seine Politik enthalten.

Wir warten die weitere Entwicklung mit größter Spannung ab und sind neugierig, wie sich der Herr Justizminister, der christlichsoziale Klubvorsitzende, Stellvertreter und Juristentagspräsident Mayr-Harting aus dieser Zwidmühle befreien und den Gewissenskonflikt lösen wird, der sich für ihn aus seiner fatalen Zwitterstellung ergibt.

Den Oppositionsparteien erwächst aus der heutigen so überaus schwierigen Situation eine geradezu historische Verantwortlichkeit und in erster Linie die Pflicht, gerade in diesem entscheidenden Augenblick das große Schicksalsproblem des Landes und der deutschen Minderheit aufzurollen, die Entscheidung über diese Schicksalsfrage herbeizuführen und vor allem den tschechischen Machthabern dieses Staates klar zu machen, daß es diesmal um das Ganze geht,

daß es sich um Sein oder Nichtsein der Demokratie in diesem Lande handelt und daß jeder Versuch, die Minderheitsvölker mit einigen Broden, mit einigen Knochen, wie etwa mit der gnädigen Zulassung deutscher Referate in deutschen Gebieten, mit der Zulassung des Gebrauches der deutschen Muttersprache in Eger, Pils, Jallanau usw. oder mit ähnlichen Väterlichkeiten abzuspeisen, scheitern muß.

Die Herren vom Bürgerblod — die tschechischen und deutschen — werden Farbe bekennen müssen. Für ein Volksgerecht sind alle Vorlesungen getroffen!

Da die Regierungsvorlage durchwegs vom reaktionären Polizeigeist beherrscht ist, alle Gewalt im Staate der Bourgeoisie beider Nationen und der ihr willfährigen Bureakraten ausliefert, den Einfluß und das Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung durch Bureakratifizierung der Verwaltung, durch Entwertung, aber auch durch Verfälschung des Wahlrechtes nahezu vollständig ausschaltet, die Selbstverwaltung der Bevölkerung vollständig auslöst und jede Hoffnung auf baldige Verständigung und Zusammenarbeit der das Land bewohnenden Völker begräbt, beantrage ich namens meiner Partei den Uebergang zur Tagesordnung.

In der Sitzung sprach als erster Redner Meißner (tsch. Soz.-Dem.), der den bürokratischen Geist der ganzen Vorlage hervorhob und ebenfalls auf die Beschlüsse des deutschen Juristentages hinwies; wo wäre es in einem anderen Staate möglich, fragte er, daß eine Vereinbarung der Justizminister präsidieren, ihr Votum gegen die Verwaltungsreform abgibt, während die Partei des Ministers da für stimmt?

Vor dem Genossen Dr. Czach kam noch Danöf (tsch. Volksparteier) zu Worte, während in der Nachmittagsitzung der Kommunist Haken ebenfalls sehr scharf gegen die Vorlage sprach. Nach dem tschechischen Agrarier Cerny meldete sich Junemann (tsch. Soz.-Dem.) zu Worte, der in mehrstündigen Ausführungen zunächst einen historischen Rückblick über die Entwicklung der Verwaltungsreform bis zum Gange gab und dann den Versuch unternahm, im einzelnen den Standpunkt der Regierung zur Verwaltungsreform zu verteidigen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses, in der Krampf das Schlusswort zur Generaldebatte halten soll, wird morgen nach der Hausung um 7 Uhr abends stattfinden.

# Die „verbesserte“ Verwaltungsreform.

Die heute — endlich — den Mitgliedern des Verfassungsausschusses vorgelegten Abänderungsanträge der Mehrheitsparteien durchwegs den Eindruck, den schon die Ausführungen des Dr. Kramar hervorgerufen haben: Der reaktionäre Grundcharakter der Vorlage bleibt aufrecht, die Änderungen berühren in keinem Punkte das Wesen der P-Form. Wir geben im Folgenden die wichtigsten Änderungen wieder:

Das Gebots- und Verbotsrecht der Behörden wird infolgedessen grundsätzlich auf die Landesverwaltungen beschränkt, als deren Bewilligung eingeholt werden muß. Da jedoch in „dringenden und unauflösbaren Fällen“ die Bewilligung nicht notwendig ist, erweist sich diese Verbesserung als bloße Augenwischerei.

Das alte Prügelpatent kommt wieder zu Ehren, da nun auch den Behörden ein anständiges Benehmen und Entgegenkommen gegenüber den Parteien zur Pflicht gemacht wird, allerdings ohne Straffunktion für Verletzung dieser Verpflichtung, während der „gewöhnliche Stribel“ für Grobheit gegenüber der hohen Obrigkeit nach wie vor bestraft wird, wobei allerdings die Höchststrafe auf 2000 Kronen oder fünf Tage herabgesetzt wurden. (In der Vorlage 5000 Kronen und acht Tage.) Ebenso wird auch der allgemeine Strafsatz von 10.000 auf 5000 Kronen herabgesetzt. Hingegen wird ein ganz neues Bußensystem von Ordnungstrafen für diejenigen eingeführt, welche ein Verwaltungsverfahren stören, ja sogar gegen diejenigen, die unvorsichtig zu einem Verfahren Anlaß geben oder ein solches verzögern.

Bezüglich der Regelung des Verwaltungsstrafverfahrens durch Gesetz, beziehungsweise der parlamentarischen Genehmigung der Regierungsverordnung über das sonstige Verwaltungsverfahren gilt das von uns bereits am 3. Juni mitgeteilte.

Ganz interessant ist es, daß der Vorsteher des Bezirksamtes wieder seinen schönen altösterreichischen Titel „Bezirkshauptmann“ erhält.

Das Recht der Regierung, mit den Kompetenzen willkürlich zu schalten, wird auf die ersten drei Jahre der Wirksamkeit des neuen Gesetzes beschränkt, und überdies die Bestimmung, daß die Regierung auch Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Landesverwaltungen und Landesausschüsse fallen, auf das Ministerium übertragen kann, gestrichen. Auch die Bestimmungen, durch welche Kompetenzbestimmungen getroffen werden, müssen der Nationalversammlung vorgelegt werden.

Sinsichtlich der Übernahme der autonomen Beamten in den Staatsdienst werden gewisse Verbesserungen beantragt, indem diese nun die erworbenen Rechte, wenigstens insoweit sie nicht über die nach dem Gehaltsgesetz vom Jahre 1926 stehenden Ansprüche hinausgehen, grundsätzlich behalten. Von der Prüfungsfrist befreit sind nun jene Angehörigen mit guter Qualifikation, die bis 29. Februar 1920 in den Dienst der betreffenden Korporationen getreten sind, während sie nach der ursprünglichen Vorlage an diesem Tage schon fünf Dienstjahre haben mußten.

Ueber die Mitgliederzahl und Zusammenlegung der Landesverwaltungen haben wir bereits berichtet. Ebenso haben wir bereits mitgeteilt, daß nicht mehr fünf Beamte, sondern nur der jeweilige Berichterstatter das Stimmrecht haben, nachzutragen ist, daß der Landespräsident nicht nur den Vizepräsidenten, sondern auch ein Mitglied der Landesvertretung mit der Stellvertretung im Vorhinein „beraunen“ kann. Dasselbe gilt übrigens auch für die Bezirksverwaltungen.

Die Landesverwaltungen sind berechtigt, für die Verwaltung ihrer Anstalten und Unternehmen besondere Kommissionen einzusetzen. Eine solche Kommission wird auch für die derzeit schwebenden Anstalten errichtet, diese Kommission, ein bloßer Ausschuss der nächsten Landesvertretung, ist also der künftige Rest des selbständigen Landes Schicksal.

Die Bestimmungen des vom Senat noch gar nicht verabschiedeten Gesetzes über die Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungskörper finden auch auf die Länder volle Anwendung, wodurch deren Autonomie auch in finanzieller Hinsicht auf das Allerhöchste eingeschränkt wird. Ueberdies darf die Landesvertretung Vermögensgegenstände, deren Wert mehr als eine halbe Million beträgt, nur mit Genehmigung der Regierung veräußern. Neue Ausgaben dürfen die Länder nicht machen, ohne die Zustimmung des Landespräsidenten einzuholen.

Was die Bezirksverwaltungen anbelangt, so ist auch hier die Bestimmung aufgenommen, daß die Regierung bei der Bestellung der ernannten Mitglieder die wirtschaftlichen, kulturellen, nationalen und sozialen Verhältnisse berücksichtigen soll. Wert hat diese Bestimmung ebensowenig wie bei den Ländern. Die Bezirksverwaltungen sollen nicht zweimal, sondern viermal im Jahr, und die Bezirksausschüsse nicht sechsmal, sondern zehnmal im Jahre zusammentreten.

Da die Bezirksabteilung durch Verordnung erfolgen wird, und daran gedacht wird, dabei die bisherigen politischen Bezirke zur Grundlage zu nehmen, werden viele derzeitige Vertretungsbezirke ihre Selbstständigkeit verlieren. Es ist nun vorgeschrieben, daß für solche ehemals Vertretungsbezirke eigene, von der Bezirksverwaltung gewählte Kommissionen eingesetzt werden, jedoch nur für eine Uebergangszeit.

Daß für die Geschäftsordnung und den Sprachgebrauch der Landes- und Bezirksverwaltungen nicht die berüchtigte slowakische Verordnung vom Jahre 1924 gelten, sondern eine eigene Verordnung erlassen werden soll, ist bereits be-

kannt, nach dem Wortlaut des Mehrheitsantrages soll diese Verordnung gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Gesetzes verabschiedet werden.

Die Verwaltungsämter sollen auch bei den Bezirken errichtet werden, doch werden wir in dieser Hinsicht auf ein noch zu erlassendes Gesetz vertrauen.

In den Schlussbestimmungen wird festgelegt, daß, solange die Landes- und Bezirksverwaltungen nicht errichtet sind, die Rechte der Landesvertretungen nicht, wie in der Vorlage, der Landespräsident, sondern der Minister des Innern, und die Rechte der Bezirksvertretungen nicht der Bezirkshauptmann, sondern der Landespräsident ausüben soll. Daß man auf diese Bestimmung soviel Wert legt, läßt wohl befürchten, daß auch die dürftige Landes- und Bezirksautonomie erst nach einem absolutistischen Interregnum wirksam werden wird. Das Inkrafttreten des Gesetzes wird vom 1. Jänner auf den 1. Juli 1928 hinausgeschoben.

## Agrarische Verschleppungstatistik.

Sie stellen „neue Forderungen“.

Prag, 8. Juni. Heute fand eine Sitzung der Reichsparteivertretung des Bundes der Landwirte statt, welche zur Verwaltungsreform endgültig Stellung nehmen sollte. Ueber die Verhandlungen, die fast den ganzen Tag dauerten, wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

„Die am 8. Juni in Prag abgehaltene, aus allen Parteikreisen des Bundes der Landwirte beschickte Reichsparteivertretung hat einstimmig den Beschluß gefaßt, dem Gesetzentwurf über die Verwaltungsreform im Prinzip die Zustimmung zu erteilen. Die endgültige Stellungnahme zum Gesetzentwurf im Plenum des Abgeordnetenhauses wird jedoch von der Erfüllung bestimmter Forderungen abhängig gemacht.“

Damit, daß die Agrarier schließlich die Verwaltungsreform schlucken werden, auch wenn so gut wie alle ihre lehrzeitigen Forderungen von den tschechischen Koalitionsgenossen abgelehnt werden, war ja selbstverständlich zu rechnen; diese „neuen“ Forderungen, die da plötzlich auftauchen und von denen wieder einmal alles abhängen soll, sind natürlich eine ganz plumpe Augenaußwascherei. Bezeichnend ist es ja, daß über den Inhalt dieser Forderungen strengstes Stillschweigen bewahrt wird. Wenn sie es endlich mit ihrem angeblichen Widerstand gegen einzelne Bestimmungen meinen, dann müßten sie jetzt doch endlich einmal genau vor der ganzen Öffentlichkeit präzisieren, was sie noch geändert wissen wollen; davor hüten sich die Herren aber, weil sie von vornherein wissen, daß ihnen auch von diesen neuen Forderungen gute 90 Prozent wieder abgehandelt werden. Wen die Agrarier eigentlich hinter sich führen wollen, wissen sie wohl selbst kaum.

## Genat.

### Heute Beginn der Steuerreform-Debatte.

Der Senat hielt gestern eine kurze Sitzung ab, in der ohne jede Debatte nach dem Referat des Berichterstatters Karas die Vorlage über Steuererleichterungen bei Fusionen angenommen wurde. Nachdem in zweiter Lesung das internationale Eisenbahntariffabkommen erledigt war, referierte Berichterstatter Jačel über den Staatsrechnungsbuchschluß für 1924, der sodann gleichfalls ohne Debatte genehmigt wurde.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die heute Donnerstag, um 10 Uhr vormittags beginnt, stehen bereits die Steuerreform, sowie das Gesetz über die Gemeindefinanzen und die Stabilisierungsbilanzen. Nach den in der Klubobmannerkonferenz getroffenen Dispositionen soll die heutige Sitzung bis 9 Uhr abends dauern, worauf die Steuerreformdebatte noch Freitag von 9 bis 15 Uhr und Montag nachmittags ab 3 Uhr fortgesetzt werden soll. In der Dienstag früh 10 Uhr beginnenden Sitzung, die eventuell bis spät in die Nacht ausgedehnt werden soll, hofft die Koalition bereits die Abstimmung über die Steuerreform vornehmen zu können.

Von unserer Fraktion werden die Genossen Rejzl und Polach in die Debatte eingreifen.

Anschließend an die Festsetzung des Sitzungsprogrammes für die Steuerreform kam es in der Klubobmannerkonferenz zu einer erregten Debatte über die Frage des Sessionschlusses. Genosse Dr. Sellaer wendete sich in scharfen Worten gegen die Absicht der Regierung, den Senat bis weit in den Juli hinein tagen zu lassen, um noch die Verwaltungsreform zu erledigen. Wenn die Verwaltungsreform, wie vorauszu-sehen ist, erst Ende Juni vom Abgeordnetenhause fertiggestellt wird, dann soll sie im Senat eben erst im Herbst zur Verhandlung kommen, denn da die Vorlage sowieso erst mit 1. Juli 1928 in Kraft treten soll, hat diese Verzögerung nichts zu bedeuten. Diefem Vorschlage schlossen sich alle Anwesenden an. Es wurde von mehreren Rednern auch darauf verwiesen, daß die Vorlage im Hinblick auf den Doppelseiertag Anfang Juli und die Arbeiterolympiade bestenfalls erst am 11. Juli in den Ausschuss kommen könnte; dies würde bedeuten, daß das Plenum diese umfangreiche und wichtige Vorlage nicht vor Ende Juli fertigstellen könnte. Der Vorsitzende versprach, der Regierung die bezüglich des Sessionschlusses geäußerten Wünsche zu übermitteln.

# Bombenattentat in Leningrad.

## 26 schwerverwundete kommunistische Versammlungsteilnehmer.

Leningrad, 8. Juni. Gestern spät abends betrat ein Unbekannter den Saal des Geschäftsclubs, in dem eine Sektion des Leningrader Diskussionsclubs der kommunistischen Partei eine Mitgliederversammlung abhielt, und warf eine Bombe. Gleich darauf wurde von einem anderen Unbekannten eine zweite Bombe geworfen. Durch die Explosion wurde der Saal zerstört. Nachdem die Verbrecher die Bomben geworfen hatten, stürzten sie aus dem Lokal,

deckten ihren Rückzug mit Revolverkugeln und entkamen. 26 Teilnehmer der Versammlung wurden durch die Explosion erheblich verwundet, so daß sie nach der ersten Hilfeleistung ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Stelle der Explosion, wo sofort Feuerwehrrabteilungen und Vertreter der Behörden eintrafen, wurde von der Miliz abgesperrt. Außer den 26 Schwerverwundeten gab es noch einige leichtere Verletzte.

# Godža informiert das Ausland.

## Ein Interview des Unterrichtsministers in der „N. Fr. Presse.“ — Die übliche Blödmacherei. — Die Verwaltungsreform als Zugeständnis an die nationalen Minderheiten. — Das System Svehla-Mahr-Harting als Vorbild für europäische Minderheitspolitik!

Die „N. Fr. Presse“ steht durch ihren obligaten Prager Berichterstatter dem Aktivismus eigentlich nicht besonders nahe. Aber als Weltblatt und Gesinnung ist für das Benedikt-Blatt läugelt ein Fremdwort geworden. Treu geblieben ist sie sich dagegen in dem Bestreben, koste es was es wolle, von sämtlichen Ministern der Welt Beiträge zu erhalten. Auf den Mahr-Harting, der den ersten Entwurf der Verwaltungsreform dort über den grünen Alee lobte, folgt nun der Godža, den ein Herr Dr. Wu. — sollte dieser gelegentliche Kollege des Herrn Dr. Wader aus den exterritorialen Regionen der österreichischen Gebietschaft stammen? — in einem „Gespräch“ (die vornehmen Mitarbeiter der „Presse“ haben immer nur „Gespräche“ mit ihren Opfern) aus-gefraftschelt hat.

Was der Godža da erzählt, hält sich im allgemeinen auf dem Niveau der aktivistischen Auslandspropaganda und könnte ebensogut von Spina erzählt sein. In manchen Partien aber wird das bisher Gebotene unzweifelhaft durch die Kühnheit des Phrasierens übertrumpft und aus nicht-lagendem Schmutz wird gemeingefährliche Blödmacherei. Da erzählt Herr Godža:

„Das gegenwärtige System hat sich durchaus bewährt. Als wir vor einem Jahre daran gingen, die Kooperation deutscher, tschechischer und slowakischer nationaler Parteien in die Wege zu leiten, als wir später durch die Bildung der gegenwärtigen Regierung zur Stabilisierung der angebotenen Zusammenarbeit schritten, haben viele nicht geglaubt, daß alle Schwierigkeiten, die hieraus entstehen mußten, sich mit einem derartigen Eton überwinden lassen werden, wie dies tatsächlich geschehen ist. Gewiß, auch heute gibt es noch Hemmungen. Das liegt in der Natur der Sache. Es war aber bisher stets möglich, alle ausfallenden Divergenzen auszugleichen. Die Methode, die wir hierbei anwenden, hat sich durchaus bewährt.“

Für die tschechische Bourgeoisie hat sich das System freilich bewährt und es ist auch ganz ohne Frage, daß sie die Schwierigkeiten, den tschechischen Mannesmut des Mahr-Harting zu beugen, bei weitem überschätzt hat. Die Hemmungen, die sich den Herren Svehla und Godža entgegenstellen, sind aber, wie nun neuerlich bestätigt wird, so geringfügig, daß sie mit „Eton“ überwunden werden können.

Godža erzählt dann ein rührendes Märchen von der Verwaltungsreform, über die man sich geeinigt habe und die notwendig war, weil die CSR auf diesem einzigen Gebiete gegen ihre Nachbarn zurückstand. Nun habe man eine „modernisierte Länderverfassung“ geschaffen. Nun ist es ebenso unwahr, daß die Tschechoslowakei auf allen anderen Gebieten den Nachbarn voraus ist, wie es unwahr ist, daß sie auf dem einen Gebiet zurückbleibe, denn sie hatte ja eine Gauverfassung. Die ist aber dem Godža zu revolutionär. Und dann ist sie angeblich nicht so günstig für die Minoritäten. Der Gewaltmenschen Godža hat sein fühlendes Herz für die Minderheiten erndtet und versteigt sich zu folgender Offenbarung:

„Im Rahmen der Länderautonomie vermögen wir leichter den kulturellen Forderungen der nationalen Minoritäten Rechnung zu tragen. Hätten wir an den Gauen festgehalten, wäre es nicht möglich gewesen, dort, wo ein Umbau notwendig ist, diesen rein evolutionär durchzuführen. So können wir jetzt am Bestehenden anknüpfen. Die Notwendigkeit einer Jahr fällt weg. Das ist psychologisch wichtig. Man denke nur daran, daß wir die Schulautonomie, die wir in kürzester Zeit verwirklichen wollen, selbstverständlich konform der allgemeinen Verwaltungsorganisationen aufbauen müssen. Aber auch in bezug auf die slowakische und karpathorussische Frage ist die Rückkehr zur Länderorganisation ein Fortschritt. Es wird möglich sein, in diesem Rahmen die Wünsche der slowakischen Autonomisten zu befriedigen. Das gleiche gilt auch bezüglich der Verpflichtungen, die

wir den Karpathorussen gegenüber eingegangen sind. Daß der Landespräsident dort den Titel eines Gouverneurs führen wird, daß dem Präsidenten unter Umständen besondere Kompetenzbefugnisse gegeben werden, sind Details, die sich organisch in die neue Verwaltungsreform einbauen lassen.“

Weil also die Deutschen in Ländern und Bezirken majorisiert werden, eine allmächtige Bürokratie an die Stelle der Selbstverwaltung treten wird, wird den Forderungen der Minoritäten Rechnung getragen! Weil Godža seine sagenhafte Schulautonomie durchführen will, tschechifiziert er die Bezirke und nimmt den Deutschen den letzten Rest von Autonomie. Wahr an dieser scheinheiligen Phrasologie des Ministers ist nur das eine, daß die Verwaltungsreform nach dem Rezept des Kramar der Hauptpreis für die slowakische Klientel war, denen man die Slowakei anliefern will. In Karpathorussland wird, den geheimnisvollen Andeutungen nach zu schließen, eine Art Absolutismus eingeführt, der sich natürlich „organisch einbauen läßt“, wie ja auch der selbige § 14 organisch in die österreichische Verfassung eingebaut war.

Und ein „wohlinformiertes“ bürgerliches Blatt, das ebendrei im alten Oesterreich gegen die Tschechen Regierungspolitik gemacht hat, besorgt die Kolportage dieses Propagandawunders im Ausland! Dann versichert Godža, was man längst von Spina und Mahr-Weichling weiß, daß die Deutschen bedingungslos in die Regierung eingetreten sind, daß man keinen Pakt abschließen konnte, da sich das Programm nicht in „harte Paragraphen“ gießen ließ. Freilich die Kohlenzufuhrscheine kann man schließlich doch nicht zum Gegenstand eines nationalen Ausgleichsgesetzes machen! Auf die „geistige Einstellung“ sei es angekommen. Nun die war allerdings bei tschechischen und deutschen Jöllnern und Kongruisten reif für den Bürgerblut. Und weiter versichert Godža:

„Wir wollen dem deutschen Minister und dem deutschen Beamten den gleichen Einfluß geben wie dem, der sich zum tschechischen und slowakischen Volke bekennt. So wird am besten der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung der Deutschen in der tschechoslowakischen Republik Rechnung getragen. Dieses Prinzip entspricht durchaus der nationalen Struktur des Staates und der Stärke seiner Minoritäten. Es läßt sich allerdings nicht auf jeden Staat übertragen, der Minoritäten besitzt.“

Das ist keine Kunst mehr, nachdem man die deutschen Beamten bis auf spärliche Reste abgebaut und den Abbau unter der glorreichen Regierung des nationalen Ausgleichs fortgesetzt hat. Und was das gleiche Recht der Minister anlangt, so dürfen sie mit den tschechischen Kollegen das Recht gemeinsam haben, Auto zu fahren, Entschädigung zu veranlassen, tschechisch zu reden oder zu schweigen und — vor Svehla zu lachen. Wird noch gesagt, daß Kramar dem nationalen Ausgleich keine Schwierigkeiten mache. Wie denn auch? So ein Kamperl, der Kramar. Und dann kommt folgender Aufruf an die Völker Europas:

„Das Verhältnis der nationalen Minderheit zur nationalen Mehrheit und umgekehrt, wie es bei uns im Verlaufe des letzten Jahres praktisch geregelt wurde, wird sicherlich auf die europäische Minoritätenpolitik nicht ohne Einfluß bleiben. Wir beharren auf unserem System der Minoritätenpolitik in dem Bewußtsein, daß ohne eine entgegenkommende gerechte Nationalitätenpolitik die friedliche Entwicklung Mitteleuropas sehr ernstlichen Störungen ausgesetzt wäre.“

Vornach einem Europa nur Leid tun könnte, wenn es tatsächlich dem Beispiele der Tschechoslowakei folgte. Vorläufig sind wir allein die Glücklichen, die eine „gerechte Nationalitätenpolitik“ kennen lernen. Und wir können froh sein, daß es diesmal ein Tscheche ist, der uns glücklich preist und nicht einer der deutschen Minister, denen Wort für Wort das Interview auch zuzutrauen wäre.

Strenge Untersuchung.

Moskau, 8. Juni. Der polnische General in Moskau Patel beschuldigt Witwinow, dem er im Auftrag der polnischen Regierung sein tiefstes Verleiden anlässlich der Ermordung Woffows ausstrahlte und das Verbrechen auf das schärfste verurteilte. Patel teilte Witwinow mit, daß die Untersuchung mit der allergrößten Strenge durchgeführt werden wird und die Schuldigen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln werden bestraft werden. — Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten hat allen Institutionen in der Sowjetunion und im Auslande eine 14tägige Trauer angefragt.

Verfuchte Geldsammlung für den Mörder!

Warschau, 8. Juni. Die Wilnaer russische Emigrantenzeitung „Das neue Rußland“, zu der übrigens der Mörder ebenfalls Beziehungen unterhielt, veröffentlichte sofort nach der Ermordung des Sowjetgefangenen eine Sonderausgabe, in der sie zu einer Geldsammlung für den jungen Komarowa aufrief. Das Blatt wurde von den polnischen Behörden beschlagnahmt.

Tagesneuigkeiten.

Berlin steht Kopf.

Chamberlins Triumphzug.

Berlin, 8. Juni. Als kurz vor 11 Uhr 30 Chamberlin und Levine in Begleitung des amerikanischen Botschafters Schurman im Auto die amerikanische Botschaft verließen, um zum Reichspräsidenten zu fahren, brach die wartende Menge in unbeschreiblichen Jubel und ununterbrochene Hochrufe auf den Flieger aus und begleitete den Wagen bis zum Reichspräsidentenpalast. Als die Flieger nach dem Empfang des Palais wieder verließen, folgte die begeisterte Menge dem Automobil mit den Ozeanfliegern wieder bis zur amerikanischen Botschaft. Ununterbrochen wurde nach Chamberlin und Levine gerufen. Endlich zeigten sich beide am Fenster und winkten der Menge zu, die in ungeheuren Jubel ausbrach.

„Bravo Vidu“ gegen den tschechischen Nationalismus. „Bravo Vidu“ erzählt, daß der Prager Bürgermeister Dr. Baza den Vorstand des kürzlich stattgefundenen Deutschenkongresses deshalb nicht empfangen wollte, weil dieser Vorstand sich zum Großteil aus Deutschen zusammensetzte. Die Prager Gastfreundschaft sei überdies noch dadurch dokumentiert worden, daß man den Veranstalter des Kongresses den Austrag erteilte, eine Ankündigungstafel zu entfernen, weil die Tafel auch einen deutschen Text trug. Diese Maßnahmen haben natürlich auf die Kongreßteilnehmer, die von weither kamen, um Prag und die Tschechoslowakei kennen zu lernen, einen unangenehmen Eindruck gemacht. Es scheinen, so erklärt schließlich das Blatt, gewisse Leute bei uns zu vergessen, daß Prag weber ein Dorf ist, noch die einmalige Provinzstadt. Es sei Hauptstadt und aus dieser Stellung erwachsen für den Primator bestimmte, feste Pflichten, bei denen persönliche Gefühle beiseite stehen müssen. Es sei zweifelhaft, ob nach dieser Gastfreundschaft die Deutschen ihren nächsten Kongreß wieder in Prag abhalten werden. Und was sie zu Hause von unserer Rücksicht und Bildung erzählen werden, könne sich jeder selbst vorstellen.

Die tschechischen Gerichte gegen die Faschisten. Wie der „Venlo“ mitteilt, hat das Präsidium der tschechischen Agrarpartei allen Organisationen mitgeteilt, daß ein Angehöriger der republikanischen Partei nicht Mitglied einer anderen politischen Organisation sein kann, wozu auch die faschistischen Organisationen gerechnet werden müssen. In dem betreffenden Rundschreiben heißt es: So wie unsere Angehörigen nicht Mitglieder einer anderen politischen Partei sein können, so können sie auch nicht Mitglieder einer faschistischen Partei sein, denn das Programm dieser Organisation vereinigt sich durchaus nicht mit dem Programm und dem Organisationsstatut der Partei.

Ein Jubiläum der schlesischen Arbeiter-Radfahrer. Zu Pfingsten feierte der Arbeiter-Radfahrerverein in Jägerndorf das Fest seines 25-jährigen Bestandes und gleichzeitig beging der erste Kreis der Arbeiter-Radfahrer Schlesiens, der in Jägerndorf seinen Sitz hat, das Jubiläum seines 15-jährigen Bestandes. Die Feier verlief trotz des ungünstigen Wetters sehr schön. Am Vorabend, Pfingstmontag, fand zu Ehren der Gäste, die sehr zahlreich aus Wahren und Deutschland erschienen waren, im großen Saale des Arbeiterheimes ein Festkonzert statt, dessen ausgewähltes Programm die Arbeiterkapellen, Radfahrfahrer, Arbeiterturner und Arbeiterfänger bestritten. Sonntag vormittag wurde wiederum ein Konzert veranstaltet, nachmittags bewegte sich ein mächtiger Demonstrationzug durch die Stadt. In der Festversammlung, die nachher im Arbeiterheim stattfand und die von Genossen Kuhn geleitet wurde, hielt Abgeordneter Genosse Heeger eine mit großem Beifall ausgenommenen Rede. Nach ihm sprach Genosse der Begrüßung die Genossen Beyerndorf aus Kleinwitz und Müller aus Vorklau. Zur Erinnerung an die Feier wurden an alle vorhandenen Vereinskameraden und Stadtbarden Schreisen mit einer an das Jubiläum erinnernden Aufschrift geknüpft. Am Abend beschloß ein prächtiges Beisammensein der Teilnehmer die Jubelfeier.

Hyd plant einen Ozeanflug. Der Amerikaner Hyd, der als erster den Nordpol überflogen hat,

Die todbringenden Geschöß-Explosionen.

Eine Interpellation unterer Genossen im Senat an den Kriegsminister.

Die Senatoren Genossen Joll, Niehner und Genossen haben an den Herrn Minister für nationale Verteidigung folgende Interpellation gerichtet:

Nach einer Anzahl kleinerer Explosionskatastrophen, der stets nur einzelne Personen zum Opfer fielen, hat sich anfangs Mai d. R. in der Gemeinde Klein-Rimtschitz bei Niklowitz in Mähren, ein furchtbares Unglück zugezogen. Rünf Knaben weideten anvertrautes Vieh. Plötzlich wurden die Dorfbewohner durch einen furchtbaren Knall aufgeschreckt. Sie eilten sofort zur Viehweide. Dort bot sich ihnen ein furchtsamer Anblick. Die Leichen der Knaben waren bis zur Unkenntlichkeit verformt, die Gliedmaßen lagen in weitem Umkreis um die Explosionsstätte. Vier Knaben, und zwar der 14jährige Franz Kucera, der 12jährige Josef Ambrož und der 11jährige Polok, alle drei aus Klein-Rimtschitz, sowie der 15jährige Franz Střecha aus Ober-Daunowitz wurden im wahren Sinne des Wortes in Stücke zerissen und auf der Stelle getötet. Die Körper der Verunglückten, die stark verbrannt waren, wiesen furchtbare Verletzungen auf. Der 15jährige Johann Popelka aus Rimtschitz gab noch ein schwaches Lebenszeichen von sich. Er hatte ein Bein vollständig weggerissen und das andere hing nur an einem Hautstück. Bald darauf verschied der Knabe. Eine Kuh wurde durch den schrecklichen Sprengschlag gleichfalls getötet und weitere zehn Stück der Herde wurden so verletzt, daß sie sofort geschlachtet werden mußten.

Die Knaben hatten einen blindgegangenen Ozeanflug nach der Rückkehr Lindberghs mit einem zweiten Piloten und einem Monteur den Ozean zu überfliegen.

Eine neue große Hochwasserkatastrophe droht nach Meldungen aus New York, in einigen Bezirken der nordamerikanischen Staaten Mississippi und Illinois.

Ein Weizenkorn bombardiert eine Stadt. In Fairport im Staate Ohio, feuert ein Mann der Küstenwache, der dort auf Urlaub weilt, an Bord eines Regierungsmotortorpedos zur Befämpfung des Alkoholschmuggels und begann aus einem Geschütz die Stadt und den Hafen zu bombardieren. Nachdem er etwa 100 Schuß abgegeben hatte, wobei er aber niemanden verletzte, traf er Vorbereitungen zum Feuer aus Maschinengewehren. Er wurde jedoch von der herbeieilenden Polizei verhaftet. Es wurde sichergestellt, daß er vollständig betrunken ist.

Pfingstfahrt Brechburger Genossen nach Wien. Der Bildungsausschuß der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Brechburgs veranstaltete an den Pfingstfeiertagen eine Sonderfahrt mit der Elektrischen Bahn nach Wien. Es waren zusammen etwas mehr als 300 Reiseleiternehmer. Die Fahrt wurde zu einem recht fröhlichen Ereignis für die Brechburger Genossen und der an der Strecke der Eisenbahn wohnenden österreichischen Genossen. Schon als der pfingstbesetzte sechs Waggons lange Zug an der Landesgrenze ankam, gab es eine Überraschung. Das Grenzhauschen auf österreichischer Seite war reich mit roten Heften geschmückt und weithin leuchtete in großen Buchstaben unter „Freundschaft“ den Genossen entgegen. Die Genossen aus Spandburg waren bis an die Landesgrenze gefahren, um die Brechburger zu begrüßen. Auch der Kommissarführer hatte seinen Notarwagen reich mit roten Heften geschmückt, an der Stirnseite der Maschine

prangte die Aufschrift in roten Lettern: „Hoch die Internationalen!“ In Schwachat hatten die Schubhändler mit ihrer Musikkapelle Aufstellung genommen und unter den mächtigen Klängen des „Lied der Arbeit“ rollte der Zug ein.

Der Bürgermeister von Schwachat, ein Genosse, begrüßte die Brechburger im Namen der Sozialorganisation in recht herzlichster Weise und wünschte, daß sich die Gäste in der österreichischen Republik wohl fühlen möge. Auf die Begrüßungsansprache antwortete Genosse Heinrich Kalmay, daß das Freundschaftsbündnis, das um die tschechoslowakischen und österreichischen Genossen fest geschlossen ist, unzerbrechlich bleiben möge. Die Genossen reichten einander nun die Hände, und freudig setzte der Ruf von allen Seiten ein: „Freundschaft! Freundschaft!“ Die Musikkapelle spielte dann noch einige Arbeiterlieder und unter den Klängen des Laffallemarsches setzte der Zug seine Fahrt fort. Die Brechburger Genossen besichtigten das neue Wien und besuchten auch die Ausstellung „Wien und die Wiener“. Die Rückfahrt erfolgte Pfingstmontag abends halb 9 Uhr.

In den Bergen erkoren. Wie aus Salzburg gemeldet wird, wurden auf dem Karlingerleiser zwei Touristen, ein Mann und eine Frau, deren Identität bisher noch nicht festgestellt werden konnte, erkoren aufgefunden.

Stuhlrosenbekle. In seiner „Luzka Bezeichnung“ schreibt Thomas Bata aus seinen Erinnerungen: „Auf meiner ersten Audienz aus Amerika arbeitete ich auch eine Zeitlang in England und Deutschland. In Birmingham (Deutschland) riefte ich in einer der dortigen besseren Fabriken Arbeit. Als ich zu arbeiten anfing, riefen meine Kollegen alle anderen Arbeiter herbei, um sich den amerikanischen Korren anzusehen. In Amerika bewunderte man mich nicht. Dort blieb ich weit unter dem Durchschnitt, denn dort reinigten gute

namigen Ober 5. Dillies: Copelan, Rosaura, 6. Nach: Die Wärdemont, 7. Borchert, Kammell, 8. Aral; Stenoffische 9. 2. aus Prag, 10.35: Stenoffische Sprachkurs für Deutsche, 20. 2. 2. aus Prag.

Rechnung, 1870, 19.30: Vortrag: Die Hofe, 20: Uebertragung: Dillies: Kullala.

Technisch, 1600, 11: Rangert des Debrerth-Lagerplatz, 12.30: Concertmusik, 13: Rangert aus dem Metzger-berel, 14: Uebertragung, 15: Uebertragungsmusik, 16: Berg Scholze: Die Musikantenmusik, 17.15: Die Grundfragen der Musik, Beethoven-Sonaten, 18.45: Kammermusik, 1. 20. 18.45: Stenoffische in Dbur, 2. Coller; In Dulla, ein Niederländischer, 3. Arletier: Zwei Töne aus dem Biedermeierzeit in Dbur, 4. Springer: Rallie an die Höhe, 20.45: Rallie: Program und Rallie: Rallie, 21.20: Regitationen, 21.55: Rallie: Rallie, 21.40: See-Symphonie für Orchester, 22.05: Rallie: Rallie.

Wagner, 5.55, 16: Rimmermäden in heuffner Sprache, 19: Symphonische Concertfongert, 20.50: Ung. Sagen mit Musikbegleitung, 22: Rangert.

Wien, 5.17, 11 und 16.15: Rangert, 18.25: Internat. Uebertragung, 19.30: Uebertragung.

Wien, 16.11: Uebertragungsmusik, 17.20: Rimmer-Tunde, 20: Dr. H. Wörter: Die Weltmusik-Konferenzen, 20.30: Solistenkonzert, 21.30: Tanzmusik.

Deutschland. Königshausen, 12.30, 16: Dr. b. Schumann: Jüttern und Wärdemont, 16.30: Graf: Die Kunst des Spandens, 17: Rullina: Die Wärdemont, 18.30: Enghoff für Violoncellisten, 18.55: Goh: Organisation des deutschen Musikhandels, 19.20: Vortrag für Väter, 20.30: Symphonische Rallie, 1. Rallie: Rallie in einer Rallie, op. 11, 2. Rallie: Rallie: Rallie für Rallie und Rallie, op. 11, 2. Rallie: Rallie: Rallie für Rallie, op. 12, 20.30: Wärdemont (Berlin).

Wien, 16.30, 16.30: Rangert, 18.05: Rallie: Rallie, 19: Dr. Wärdemont: Die Wärdemont, 19.30: Graf: Rallie: Rallie, 20.15: Symphonische Rallie, 21.15: Tanzmusik.

Wien, 16.30, 16.30: Rallie: Rallie, 20: Dr. Wärdemont: Rallie: Rallie, 20.30: Rallie: Rallie, 21.15: Tanzmusik.

Wien, 16.30, 16.30: Rallie: Rallie, 20: Dr. Wärdemont: Rallie: Rallie, 20.30: Rallie: Rallie, 21.15: Tanzmusik.

Wien, 16.30, 16.30: Rallie: Rallie, 20: Dr. Wärdemont: Rallie: Rallie, 20.30: Rallie: Rallie, 21.15: Tanzmusik.

Wien, 16.30, 16.30: Rallie: Rallie, 20: Dr. Wärdemont: Rallie: Rallie, 20.30: Rallie: Rallie, 21.15: Tanzmusik.

Wien, 16.30, 16.30: Rallie: Rallie, 20: Dr. Wärdemont: Rallie: Rallie, 20.30: Rallie: Rallie, 21.15: Tanzmusik.

Nur ja keine Distussion im Völkerbund!

Einschreiten Englands, Italiens und Frankreichs in Belgrad und Tirana.

London, 8. Juni. (Reuter.) Wie verlautet, machen die britische, die italienische und die französische Regierung in Tirana und in Belgrad ihren ganzen Einfluß geltend, daß zwischen Albanien und dem Königreiche SH. in der Angelegenheit des durch die Verhaftung des Drorgmans der jugoslawischen Gesandtschaft hervorgerufenen Zwischenfalles ein freundschaftliches Einvernehmen zustandekomme. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß diese Frage auf die Tagesordnung des Völkerbundes gesetzt werde.

Arbeiter in neuntündiger Arbeitszeit bis 1200 Paar Abzüge, während ich es höchstens auf 800 Paar bringen konnte. In Deutschland aber erreichte ein Arbeiter auf Maschinen derselben Systems in zehn Stunden nur 100 Paar.

Die Erhebungen haben ergeben: Bata war vom 5. bis 7. Juni 1905 in Birmasens, als er nach einem Aufenthalt von nur einigen Monaten im Jahre 1905 nach Europa zurückkehrte. Dieses Gastspiel von 2 Tagen in Birmasens deutet gar nicht auf außergewöhnliche Leistungen hin, sondern die Vermutung ist naheliegend, daß Bata wegen fachlicher Unfähigkeit so schnell die deutsche Schuhmetropole verlassen mußte. Die in den oben wiedergegebenen „Erinnerungen“ angeführte Leistung zu dieser Zeit, ist in Fachkreisen als heller Lustring bezeichnet worden. Die gepflogenen Nachforschungen zeigen, welche Glaubhaftigkeit den Memoiren des Schuhfabrikanten Bata zukommt und wie strupplos die wenig der Wahrheit entsprechende Reflekt mit Herabwürdigung fremder Arbeitsleistung betrieben wird.

Der württembergische Landtagsabgeordnete Genosse Hornung ist gestern vormittag auf der Groß-Gartacher Straße in Heilbronn, auf der er sein zweijähriges Entgelt vor einem Auto in Sicherheit bringen wollte, von dem Wagen erschüt, zu Boden geworfen und so schwer verletzt worden, daß er nachmittag im Krankenhaus starb. Auch das Kind wurde ernstlich, aber aufsehend nicht lebensgefährlich verletzt.

Kriegsbeschädigten-Traffanten-Konferenz. Vor kurzem tagte in Reichenberg eine Kriegsbeschädigten-Traffanten-Konferenz, welche von Vertretern aus dem ganzen Gebiete der Republik besetzt war. Nach einer sachlichen Wechselrede wurden die Resolutionsanträge angenommen und dem Bundestage zur Annahme empfohlen, und zwar: Die Zuteilung von Gesellschaftern zu kriegsbeschädigten Traffanten, weiter Gasthausstrafen, Streichung des § 4 des Versorgungsgesetzes und Änderung der Traffantenverordnungen. Die Konferenz beschloß, die Zentralstelle zu beauftragen, Schritte zu unternehmen, damit den kriegsbeschädigten Traffanten eine entsprechende Betretung in den Steuerabteilungskommissionen gesichert werde. Einstimmig wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die maßgebenden Amtsstellen sowie die Vertreter der Parlamentarier mögen die aufgestellten Forderungen der kriegsbeschädigten Traffanten berücksichtigen.

Doppelmord, um nicht Alimente zahlen zu müssen. In einem Bauort der Gemeinde Krensch bei Trafontitz in Südböhmen fand der Arbeiter J. Sobr die Leichen seiner 32-jährigen Schwester Rosa und ihres sechs-jährigen unehelichen Kindes Franz. Die ersten Erhebungen ergaben bereits, daß die Frau und das Kind ermordet wurden. Unter dem Verdacht der Tat wurde der Josef Jachm aus Krensch verhaftet, der auch alsbald ein Geständnis ablegte und erklärte, den Mord deshalb verübt zu haben, um nicht an die Frau, mit der er das Kind hatte, Alimente zahlen zu müssen. Jachm ist ein vermöglicher Landwirt!

Ein Wüßling. Die Gendarmerie verhaftete dieser Tage den Tischlermeister Josef Dittawa, einen älteren, verheirateten Mann, der den Schrecken der weiblichen Bevölkerung in und um Ober-Dasslawitz bildete. Er vergewaltigte in Abwesenheit seiner Frau ein junges Mädchen, das er unter einem Vorwande in seine Behausung gelockt hatte. Eine Woche darnach machte er einen ähnlichen Versuch an einer Frau. In dem Walde bei Ober-Dasslawitz vergewaltigte er eine andere Frau und verführte ein kaum 16 Jahre altes Mädchen seinen Quitten mit Gewalt gefügig zu machen. Der Wüßling wurde dem Strafgerichte eingeliefert.

Der historische Festzug in Leitmeritz am 12. Juni 1927. Diese Darstellung der Leitmeritzer Heimatgeschichte findet infolge der Wetterlage des 5. Juni erst am nächsten Sonntag, den 12. Juni, statt.

16. tschechoslowakische Klassenlotterie (Grundzahlen 21 und 40). 100.000 K: 61940; 20.000 K: 49040, 196021; 10.000 K: 160240; je 5000 K: 1421, 29721, 48240, 63321, 71540, 86721, 94521, 100840, 122221, 151121, 156840, 185221, 197640, 199221, 204321; je 2000 K: 1321, 7721, 11140, 37640, 38740, 44121, 45840, 46440, 48740, 54840, 58121, 60821, 65440, 91821, 101340, 111121, 111721, 116340, 13721, 137040, 160021, 167040, 17321, 180221, 190740, 198221, 198840, 207240, 218221, 219940, 229040, 229221, 226440, 229221, 237740; je 1000 K: 15140, 14221, 17640, 22540, 25221, 26840, 28040, 37340, 37521, 40221, 40621, 47040, 49221, 49440, 57021, 60040, 60221, 61340, 61540, 67040, 72221, 77221, 79021, 82621, 82940, 83640, 91640, 110221, 116321, 121040, 138240, 134321, 135321, 136240, 137721, 140421, 147540, 149421, 153740, 160040, 161140, 161240, 165621, 170621, 171421, 174721, 176821, 178221, 179121, 182521, 184040, 184840, 186221, 187340, 191340, 202140, 202940, 214240, 217240, 219240, 229721, 229340, 228440, 233940, 234240, 238440. (Ziehung vom 8. Juni.)

Devisenkurse.

Prager Kurse am 8. Juni.

Table with 3 columns: Currency, Gold, and Silver. Includes entries for 100 Holländische Gulden, 100 Reichsmark, 100 Belgas, etc.

Der Polarforscher Willins ist nach dem zweiten misslungenen Versuch der Durchforschung der unbekanntesten arktischen Gebiete nach Fairbanks auf Alaska zurückgekehrt.

Ein fünfjähriges Kind zündet eine Dörfchen an. In einem Großfeuer in Altschwend (Ob-Österreich), wobei vier Antweifen in Rauch aufgingen und die 30 Hausnummern zählende Ortschaft in große Gefahr geriet.

Tschechoslowakische Hundeaussstellung in Prag. In der Zeit vom 5. bis 6. Juni sind in den Räumen des Ausstellungsgeländes der Prager Wustermesse eine vom Ackerbauministerium veranstaltete tschechoslowakische Hundeaussstellung statt.

Von der Post- und Telegraphen-Direktion in Prag wird mitgeteilt, daß sämtliche Gesuche um die Errichtung von Telephonstationen im Prager Bezirke nunmehr in die Kompetenz der Postdirektion fallen und daß es daher nicht mehr nötig ist, solche Gesuche an das Ministerium für Post- und Telegraphenwesen vorzulegen.

Kleine Chronik.

Was wäre schon dabei?

No, überlegen wir es uns wirklich einmal ernstlich, was wäre schon dabei, wenn nun auch die Männer sich einmal zu einer vernünftigen Sommerkleidung entschließen wollten?

Spätere der Kleidung — das heißt im Sommer: Eine Kleidung, die von der Sonne, der Quelle aller Kraft und Gesundheit, möglichst viel an den greifbarsten heruntergekommene Körper heranzieht und außerdem der Wärmeabgabe, der Schwitzverdunstung, möglichst geringe Hindernisse in den Weg legt.

Für den Stoffwechsel, den Stoffkreislauf und die Atmung, besonders für die „Hautatmung“, die für unseren Organismus von großer Bedeutung ist, kommt es sehr darauf an, daß die Verührung unserer Haut mit der Luft der Außenwelt eine möglichst ungehinderte sei.

Nun wiegt die Kleidung der Frauen mit samt den leichten Schuhen ein paar Kilogramm, und überall hat die Luft Zutritt, der ausgeschiedene Dampf findet einen bequemen Ausweg.

schlecht verdunstet, ständig in einem nassen Dunstschlamm eingewickelt ist und so herumhängt.

Was wäre also schon dabei, wenn auch die Männer ihre veraltete Sommerkleidung modernisieren wollten? Wenn sie ihre Hosenbeinbandeln öffnen wollten, um sie nie wieder zu schließen, wenn sie ihre Unterhosen überhaupt wenigstens in Knienhöhe abschneiden und auf den Rest verzichten wollten?

Und was wäre endlich schon gar dabei — aber nun denkt alle fest daran, daß ihr Menschen unserer Zeit leid — was wäre das schon für ein Unflut, wenn die Männer im Sommer — ohne Rock gingen? Einfach in einem reinen, reinen Hemd, das — erschrickt nicht, ihr Frauen — nicht verächtlich sein müßte, weil es doch ein leises, ein hübsches Hülsenartikel Hemd sein könnte, das nicht unter einem Rock getragen und daher durchkühlt würde?

Was wäre dabei? Geübt, bequem, angenehm wäre es und sogar hübsch, wenn man nette Sommerhemden und zu der Höhe einen Gürtel tragen würde. Nichts wäre dabei. Man kann damit ruhig begnügen (natürlich, wenn's Helft ist).

Die Glieder des Toten ragen aus der Erde. In Oedenburg wurde vor einiger Zeit die 23jährige

Volkswirtschaft.

Aus der Werkstatt der sozialpolitischen Reaktion.

Die Agrarier rufen nach der Wiedereinführung des Arbeitsbuches.

Das in Saaz erscheinende agrarische Organ „Seimat“ hat, so entnehmen wir dem „Land- und Forstarbeiter“, in einer seiner letzten Nummern in einer verlogenen und geschäftigen Notiz den wahren Gefühlen der Großagrarien Ausdruck verliehen, und zwar in einer Notiz, in welcher die Wiedereinführung der Arbeitsbücher verlangt wird.

Von welchem Geiste die agrarischen Herrschaften befehle sind, wie sie es insbesondere mit den Landarbeitern meinen, geht aus der Notiz klar hervor. Wie sie insbesondere die Arbeiterschaft mit dem Verbrechertum in Verbindung bringen, wird manchen Arbeiter und manche Arbeiterin mit Empörung erfüllen.

Wir wollen die Notiz, aus der so recht der Geist der Brutalität und Niedertracht spricht, wörtlich bringen.

Die Notiz lautet:

Die Wiedereinführung des abgeschafften Dienstboten- oder auch Arbeitsbuches muß entschieden verlangt werden. Besonders in der Landwirtschaft ist dies geradezu unerlässlich und wäre es angebracht, wenn jeder Landwirt, der fremde, unbekannte Leute aufnimmt, zumindest immer ein Kennzeichnungszeugnis von der Heimatsgemeinde oberlegt. Die rote Welle, die nach dem Zusammenbruch auch des Sudetenlandes vorübergehend überflutete, hat uns die Grundregeln weggespült, auf Grund deren der Dienstgeber Anhaltspunkte besaß, über die Befähigung und den Willen des Dienstnehmers Schlüsse zu ziehen.

Der anständige Arbeitgeber hat anständige Arbeiter. Er braucht sich durchaus nicht mit berüchtigten, gefährlichen Subjekten und gefährlichen Einbrechern oder mit Leuten, die ständig auf der Walze sind, einzulassen. Die Notiz zeigt so recht die niedrige Art, in welcher die Großagrarien über ihre Arbeiterschaft urteilen, sie ist von Anfang bis zum Ende eine Beschimpfung der gesamten Landarbeiterschaft.

Marktpreise für die Verrechnung des Wertes der landwirtschaftlichen Arbeiterkraft Böhmens im Juni 1927. Vom Landesarbeitsamt in Prag wird amtlich veröffentlicht: Die Durchschnittspreise auf der Prager Produktbörse im Monate Mai 1927 betragen bei Weizen 253 Kronen beim Korn 233 Kronen, bei der Gerste 189 Kronen.

In der internationalen Arbeitskonferenz richtet gegen die Generalstreik des belgischen Gewerkschaftsbundes, Genosse Mertens, einen Mahnruf an die Unternehmer- und Regierungsgremien, in dem er auf die in vielen Ländern zu beobachtende Verschleppung der Ratifizierung der von der Arbeitergruppe aufgestellten Arbeitskon-

Katharina Bonus wegen eines kleinen Kleiderdiebstahls zu einer mehrwöchigen Arreststrafe verurteilt. Als sie aus dem Gefängnis entlassen wurde, erwartete sie ihre Geliebte, der ehemalige Jugendsführer der Grenzwaide Michael Winter, der auch schon wegen Diebstahls verurteilt ist. Die beiden blieben nun zusammen, trieben sich ein paar Tage in Ledeburg und in den Wäldern der Umgebung herum und verschwanden dann. Nach einiger Zeit nahm Marie Bonus in Hodmezovabarhely einen Dienstposten an. Winter kam nach Mezovce. Er erhielt nun vor einigen Tagen die Gendarmerie von Mezovce einen anonymen Brief, in dem behauptet wird, der Absender habe bei Winter einen Brief der Marie Bonus liegen gesehen und gelesen; in dem Brief schreibe sie ihm, die gemeinsam begangene Tat werde aufkommen, weil die Glieder der Toten aus der Erde ragen. „Wenn man mich verhaftet“, hieß es weiter, „müßte ich die Wahrheit sagen.“ Auf Grund dieser Anzeigen wurden die beiden verhaftet. Winter hatte sich dadurch verdächtig gemacht, daß er auf einmal über größere Geldsummen verfügte. Die beiden Verhafteten leugneten ganz entschieden, irgend etwas von dem Briefe, der nicht gefunden wurde, zu wissen oder einen Mord begangen zu haben. Man hält es aber für möglich, daß sie einen Menschen ermordet und danach verscharrt haben.

ventionen hinwies und von einer „heimlichen Obstruktion“ sprach, die die Arbeitergruppe immer mehr gewahrt werde. Das müßte ein Ende haben. Die Arbeitergruppe müsse wissen, ob es für sie überhaupt noch einen Zweck habe, zur Arbeitskonferenz zu erscheinen oder ob es für sie nicht besser sei, mit eigenen Mitteln zu kämpfen, um durch eigene Kraft ihre Forderungen durchzusetzen.

Prager Produktbörse. (Offizieller Schlussbericht vom 7. Juni.) Mit Rücksicht auf die vorangegangenen Feiertage war der Besuch an der heutigen Produktbörse gegenüber dem gewohnten Dienstagdurchschnitt schwächer. Das Geschäft am Getreidemarkte war aus diesem Grunde minimal bei eher flauerem Preise, wobei auch die Tendenz der Auslandsgetreidemarkte bestimmend mitwirkte. In Reggen zeigte sich eine Preisabschwächung um 2-3 Kronen, in Hafer eine solche um 2 K. Die Weizen- und Gerstennotierungen blieben unverändert. Am Mehlmarkt verbilligte sich bloß Roggenmehl leicht um 3 K. Anfeinung wurde auf allen übrigen Marktgebieten bei unveränderten Preisen gehandelt. Amerikanisches Mehl verzeichnet einen weiteren Rückgang um 20 K. — Es notierten in K: Böhmen, Weizen, 74-77 Ails, Prag 254-260, böhm. Roggen, 67-69 Ails, Prag 233-237, Prima Gerste, Prag 190-195, Meckantilgerste, Prag 175-180, böhm. Hafer, Prag 202-206, Mais, jugoslawischer, Pratslav 142-144, rumänischer, Steinfortna, Oederberg 138-140, La Plata, Teischen 148-152, Weizenmehl DSS 395-400, Weizenmehl O 375-385, Weizenbrotmehl Nr. 4 310-320, ungar. Grobmehl, Szob 385-400, amerik. Patentmehl, Teischen 395-400, Weizenkleie 410-415, Roggenkleie 342-347, Roggenfuttermehl 165-170, Reis, Burma II, Teischen 280-285, Moulmain, Teischen 365-370, Buchweizen, Teischen 240-270, Hirse 325-340, Erbsen, grüne 450-500, gelbe 270-300, Bitterbohnen 450-500, Linfen 320-420, Weißbohnen 140-170, Pelusche 190-210, Sommerweide 170-190, Winterweide 500 bis 600, Zens 450-500, böhm. Wahn, Man 775 bis 800, Leinwand 300-350, Stämmel, böhmischer 600 bis 625, holländischer 650-700, Ekartoffeln, Verlobelation, Wolfmann 55-58, Weizenkleie 190-195, Roggenkleie 135-138, Rapskuchen 145-170, Leinwand 175-180, Malzblüte 110-115, Senf, böhm., lauer, ungepfeht, Prag 52-55, süß, ungepfeht, Prag 64-67, lauer, gepfeht, Prag 57-60, süß, gepfeht, Prag 60-72, Roggenstroh in Bündeln, ungepfeht, Prag 53-55, Futterstroh, gepfeht, Prag 38-40, ungepfeht, Prag 34-36, amerik. Fett, Teischen 1399 bis 1399, Eier, frische, böhm. und mährische 34-36, slowakische 32-34.

Gerichtssaal.

Er erschlug seine Frau.

Prag, 8. Juni. In später Abendstunde wurde gestern das Urteil über den Rufführer Jindrich Kerpel, der seine Frau durch einen Stein tödlich verwundet hatte, verkündet, nachdem die Gerichtsärzte ihr Gutachten über den Mann abgegeben hatten, daß er wohl geistig minderwertig, doch zurechnungsfähig sei. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage auf Mord, bejahten die Eventualfrage auf Totschlag mit 11 Stimmen, woraufhin der Gerichtshof Kerpel zu neun Jahren schweren Kerkers verurteilte. Der Verurteilte nahm das Urteil vollstän dig gleichgültig entgegen.

Eine unredliche Kontoristin.

Prag, 8. Juni. Bei dem Möbelfabrikanten Sackal Jirasko in Prag war die 1899 geborene Mathilde M. als Kontoristin tätig, ein Mädchen, das bisher noch nicht verheiratet war. Sie hatte für ihren Chef bei verschiedenen Firmen Geld einkasstiert und schließlich 25.270 K für sich behalten. Dann beging sie einen weiteren Betrug, indem sie sich ein Einlagebuch bei der Prager Städtischen Sparkasse nahm und die Einlage von 100 K auf 100.000 K forsierte. Dieser Schwindl war aber so klump, daß der Beamte, der ihr Konto nachschlug, sofort darauf kam. Sie wurde verhaftet, war aber nur drei Tage in Untersuchungshaft. Heute redete sie sich vor dem Senate unter dem Vorhange des DSSR

Rede aus, daß sie gegenüber der Sparkasse keine Betrugsabsicht hatte, sondern nur ihrem Prätigam dieses Büchel gezeigt, um ihm eine Mitgift vorzutun, also auch keineswegs ein besonders schöner Charakterzug dieser jungen Dame gegenüber dem jungen Manne, von dem sie eine Heirat erwartete. Das Gericht erkannte sie nur im Falle Jirasko der Veruntreuung laut § 183 und 184 des Z.-G.-B. für schuldig und verurteilte sie zu sechs Monaten schweren Kerkers unbedingt. Sie nahm die Strafe an.

Turnen und Sport.

Arbeiter Sport. Fußball.

England gegen Oesterreich 2:1 (1:1)

Der österreichische Arbeiterfußballverband, der mit dem Engagement der englischen Amateurauswahlmannschaft wieder einmal den Beweis erbracht hat, daß er kein noch so großes Risiko scheut, wenn er der Arbeiter Sportbewegung dienen kann, hatte mit der sonntägigen Veranstaltung großes Pech. Die schlechte Witterung hatte zur Folge, daß kaum 5000 Gäste die Hohe Warte in Wien besuchten. Die Engländer erfüllten alle die in sie gesetzten Erwartungen. Trotz der langen, ermüdenden Reise führten sie ein hochklassiges, nuspem ein schnelles Spiel vor, an dem man bereits in der ersten Minute die englische Schule erkannte. Oesterreich hatte keine besten Leute zur Stelle, von denen man erhoffte, daß sie den Engländern einen ebenbürtigen Gegner abgeben werden. Die Oesterreicher haben jedenfalls noch nie so schön gespielt wie Sonntag auf der Hohe Warte. Sie beendeten sogar während der ganzen Spielzeit eine leichte Ueberlegenheit, die mitunter zu einer regelrechten Blockade des Gegners führte. Ständig war das feindliche Tor in Gefahr. Vor diesem standen aber zwei Verteidiger, deren Arbeit ein- fach wunderbar war. Im Verein mit dem lang- samesen Formann leisteten sie schier übermenschliches im Herhalten der selten aussetzenden Angriffe der oesterreichischen Sturmreihe. Wenig, besser gesagt, nichts zu lachen hatten die Halbes, die übermäßig Beschäftigung fanden. Der Sturm, der im linken Flügelpaar seine Agilität und auch besten Leute hatte, forcierte ein einfaches, ganz auf Schnelligkeit und Zweckmäßigkeit aufgebautes Angriffsspiel, und so bildeten die wenigen, aber sinnen Vorhölle eine feste Gefahr für das österreichische Tor. Die Oesterreicher besaßen in Weidisch einen etwas unsicheren Torhüter. In der Verteidigung bot Seitenwälder eine überaus sichere und solide Leistung. Ueber alles Lob erhaben war die Halbesreihe. Jetzt im Zentrum bewies auch diesmal wieder, daß er ein tüchtiger Angriffsführer ist. Vergebens waren die rasanten Läufe der beiden Außenstürmer, vergebens die von den Halbes schön servierten Bälle, was nicht verschlossen oder gehalten wurde, wurde eine Bente der beiden englischen Pods. Die Tore erzielten: in der 6. Minute Champion (1:0 für England); 44. Minute nach vorzüglicher Kombination durch Janadil und die Oesterreicher haben den Ausgleich erzielt (1:1); nach der Pause gleich zu Beginn eine Ecke, aus der Champion mit Kopfstoß den führenden Treffer für England erreichte (2:1). Schiedsrichter Prüggenmann (Vielefeld), der den spannenden Kampf vorbildlich und mit großer Umsicht leitete.

Das Vorspiel. Zweite gegen dritte Klasse 2:1 (1:0).

Die Auswahlmannschaften der zweiten und dritten Klasse, die das dem Ländermatch vorangegangene Vorspiel bestritten, wußten durch ihre gefällige und muster-gültige faire Spielweise sehr zu gefallen. Eine angenehme Ueberbahrung war das flache, weit- mössige Spiel, das beide Parteien fast die ganze Spielzeit hindurch pflegten. Das Team der zweiten Klasse war wohl dem der dritten in vieler Hinsicht überlegen, vor allem in Technik und in der Ball- führung, doch verstanden es die Unterlegenen, durch ihre Agilität, das Treffen ständig offen zu halten. Glänzend antizerte Schiedsrichter Bunyan (England); er fand übrigens nur selten Anlaß zu pfeifen.

Die Leichtathletikbewerbe.

Die rührgen Arbeiter-Leichtathleten führen weit mehr Konkurrenz durch, als beabsichtigt war. Nachstehend die genauen Ergebnisse: 4x100 Meter für Sportler: 1. Straßenbahn 49.1, 2. Sturm 14 49.2, 3. Turnverein 16 (Hondbreite zurück). — 4x100 Meter für Sportlerinnen: 1. Schwimmverein 58.4, 2. Turnverein 16 59.3. — 60 Meter für Sportler: 1. Soklan 7.4, 2. Sturm 14 7.5, 3. Straßenbahn 7.8. — Olympische Staffel für Sportlerinnen: 1. Turnverein 16 58, 2. Schwimmverein 59.09. — 10x100 Meter für Sportler: 1. Schwimmverein 2:05.8, 2. Straßenbahn 2:07. — Zweifelsstaffel für Sportler: 1. Sturm 14 und Soklan komb. 2:11.3, 2. Schwimmverein 2:12.2, 3. Straßenbahn 2:13.

Die Engländer fliegen auch in Graz 2:1.

Auch ihr zweites Match auf österreichischen Boden gewannen die Engländer mit dem gleichen Resultat: 2:1 (1:0). Das ursprünglich für Wiener-Neustadt gedachte Spiel kam Montag in Graz gegen eine Städteamannschaft zum Austrag. Die Grazer wehrten sich brillant und waren nicht viel schlechter als das Wiener Team vom Tag vorher. Am Bahnhof in Graz waren die Gäste von 10.000 Menschen begrüßt worden, auf dem Sportplatz fanden sich etwa 3000 ein. Die Engländer erlangten durch Zupp die Führung und vergrößerten nach der Pause durch ein Eigentor der Grazer ihren Vorsprung. Bald darauf erzielte Graz den Ehrentreffer. Schiedsrichter Feuz (Graz).



# Kommen auch Sie zu uns!

Das ganze Jahr hindurch ist die Besichtigung der Ceres-Werke in Aussig für jedermann frei. Jeder kann sich überzeugen, wie sauber und appetitlich die ganze Fabrikation ist; Ceres-Speisefett ist absolut rein, von keiner Hand berührt!

Täglich besichtigen hunderte Ausflügler, Schüler, usw. unsere Fabriken. Wir stehen also ständig unter der Kontrolle der Öffentlichkeit.

Kommen auch Sie zu uns, um sich zu überzeugen, daß wir Recht haben, wenn wir behaupten, von allen Speisefetten ist

# Ceres das appetitlichste!

## Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Seite, Donnerstag, den 9. Juni 1927, um 8 Uhr abds., im Gewerkschaftshaus in Prager L. Perstyn, kleiner Zentralsaal.

### Verammlung

mit Referat der Genossin Abgeordneter Fanny Blatin-Karlsbad über Fragen der Zeit.

Genossinnen und Genossen! Kommet alle in diese Versammlung, die gleichzeitig eine neuerliche Protestkundgebung gegen die nunmehr im Parlamente zur Verhandlung kommende Verwaltungsreform sein soll.

Am Fronleichnamstage, d. i. Donnerstag, den 16. Juni, veranstalten wir einen

### Rinderausflug durch Feld, Wiese und Wald

bei dem wir die Teilnahme aller Genossen und Genossinnen erwarten, die Kinder haben. Abfahrt Prag Mat. B. 13.10 (Sieben horni nadr. 13.24), an Dolni Boernice 13.31. Fahrpreis Prag-Boernice 2.80 Kronen, Kinder die Hälfte. Badegelegenheit! Für Unterhaltung wird gesorgt! Führung: Gen. Strnad. Zurück ab Bohovice 18.53 oder 20.27, an Prag Mat. B. 19.25, beziehungsweise 20.55. Fahrpreis Bohovice-Prag 3.40 K. Kinder die Hälfte.

### Genossinnen und Genossen!

Vom 15. bis 22. Juni sind die ständigen Wählerlisten aufgelegt. Es ist diesmal besonders wichtig, daß jeder Genosse und jede Genossin sich darum kümmert, in das Wählerverzeichnis aufgenommen zu werden. Wer im Wählerverzeichnis nicht enthalten ist, wird anlässlich der Gemeindevahlen im Herbst nicht wählen können!

Auskünfte erteilt die Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag II, Refazanka 18.

### Deutschland gegen Belgien.

Beide Spiele verloren. — In Antwerpen 2:3, gegen Pragant 2:4. — In beiden Spielen Belgien überlegen.

Die noch für vorläufiger Auswahl aufgestellte belgische Mannschaft war der deutschen einwandfrei überlegen. Sie war bedeutend schneller, leistete im Abdecken Vorzügliches und zeigte ein prächtiges Kopfspiel. Die deutsche Kaufmannschaft verlor, die Stürmerreihe zeigte kein Zusammenwirken. Trotz Umstellung nach Zeitverwechsel wurden die Leistungen nicht besser. Die Tore für Deutschland fielen durch Effmeier.

### Die Sachsenmannschaft schlägt Odeja 3:1.

Die sächsische Mannschaft führte ein glänzendes Spiel vor und gewann vor 9000 Zuschauern verdient. — Bisher erzielte die Sachsenmannschaft in Rußland zwei Siege und erlitt drei Niederlagen.

### Wingtip etc unserer Arbeiter-Fußballer.

Wichtigkeit Weiskirchlich in Jena gegen Wader 2:3 (1:0), gespielt am Sonntag.

Wichtigkeit Weiskirchlich in Weida gegen Sportverein 5:0 (2:0), gespielt am Sonntag.

Krahan gegen Freie Turner Weissen (Sachsen) 1:4, am Montag.

Viktoria Judmantel gegen Sobrusan 5:4 (1:3), gespielt am Sonntag in Sobrusan.

### Leichtathletik.

Quer durch Chemnitz. Die Arbeiterportler von Chemnitz veranstalteten am Sonntag eine große Herbstfest, an der sich dreißig Mannschaften mit rund 500 Teilnehmern beteiligten. Im vergangenen Jahr, wo die Staffel zum erstenmal gelaufen wurde, nahmen erst 17 Mannschaften teil. Das Ergebnis in den drei Klassen über die Strecke von 13 Kilometer war folgendes: Klasse A: 1. Neufrieden 41:43.1 Min., 2. Freie Turnervereingung (3. Abt.) 42:28 Min. — Klasse B: 1. Neudammer 43:20 Min., 2. Markersdorf 43:28 Min. — Klasse C: 1. Fußballer („Vorwärts“-Chemnitz) 45:23.4 Min.



„Naturfreunde“, Prag. Sonntag, den 12. Juni, Abfahrt 6.54 Uhr Denis-Bahnhof nach Meßitz, Wanderung nach Brandeis, Alt-Bunzlau, Storkow, längs der Jers bis Celatowice. Wichtige Wanderung. Fahrpreis 9 K. Führt Strnad. — Nächster Vereinsabend am Mittwoch, den 15. Juni, im Theatergarten. — Am Donnerstag, den 16. Juni, findet ein Rinderausflug statt, zu welchem alle Naturfreunde eingeladen sind. Abfahrt Matyrl-Bahnhof 13.10 Uhr nach Dolni-Boernice. Führt Strnad.

### Der Film.

Spitzen (Der Eid des Fürsten Ulrich) nach dem Roman von Paul Lindau, inszeniert von Holger Madson. Die weitestgehende Fabel, die sich in der Ausmalung unbedeutender Szenen gefüllt, stellt als Hauptattraktion einen Diebstahl auf, bei dem auch wertvolle Spitzen zerstört werden und wodurch infolge der Verleitung von eigenartigen Umständen auch die Untreue einer Dame der Gesellschaft auskommt, die nun ihre Sorge als Anlag nimmt, den Nebenbuhler glatt über den Haufen zu schleien. Solche Romane standen vor vielen Jahren in der Gunst des Publikums — heute wirken sie schal und einseitig, ganz abgesehen von dem anstößigen widerlichen Milieu der oberen Zehntausend. Wenn es auch klar ist, daß die Leute unbedingt Millionäre sein müssen, die sich in derlei Filmen und Romanen herumtummeln, weil ein normal beschäftigter Mensch sein Leben lang nie auf ähnliche Dummheiten und Ueberflüchtigkeiten verfallen könnte, wollen wir damit doch nicht die Daseinsberechtigung ähnlichen Kitsches verteidigen. Unnatürlich ist alles in allen diesen Filmen: eine jährliche Limonade, in der Papiergestalten, nie aber wahrhaft lebende Wesen auftreten. Das Föhn als Gatte ist gut, Elisabeth Finajeff eine antikernde Pökelkur, die nicht spielt, sondern bloß Fragen schneidet. Gut das Liebespaar von Evelyn Holt und Egon Jordan. In einer Episodenrolle ist auch der dieser Tage verstorbene Charakterdarsteller Heinrich Peier zu sehen. Der Film ist eine ible, langweilige Angelegenheit, die weiter keine Beachtung verdient, trotzdem sie technisch gut gebracht ist. Argus.

„Abgründe“, vor Jahren ein Asta Nielsen-Film, der großen Erfolg gehabt hat, soll in der nächsten Saison unter der Regie von Bruno Rahn neu inszeniert werden. Die Hauptrolle soll wieder Asta Nielsen innehaben.

Kunst und Geschäft. Charles Willy Kayser, der bekannte Filmschauspieler, hat in Berlin ein Lichtspieltheater angekauft und ist somit nun glücklicher Besitzer von drei Kinos in Berlin.

Die fünf Frankfurter, das erfolgreiche Bühnen-Lustspiel, das vor Jahren schon einmal verfilmt worden ist, wurde neuerdings von der Universal zur Verfilmung erworben. Die Regie soll Paul Peni führen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czok. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druck-Gesellschaft in Prag für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag.

### Kunst und Wissen.

#### Prager Konzertsaal.

Allmählich wird es still in den Prager Konzertsälen; denn der goldene Sonnenschein und das Blühen in der Natur locken die Menschen mehr, als noch so schöne Konzerte. Nur wenig künstlerisch bemerkenswerthes hat sich in den Prager Konzertsälen seit unserem letzten Besuche vor drei Wochen ereignet. Vorzüglich zwei Konzerte der Sängervereinigung der mährischen Lehrer, die als Gedenkfeste des zehnten Jahrestages der Schlacht bei Zborow gedacht waren und daher durchwegs kriegerische und auf den Krieg und seine Grausamkeit bezughabende Chöre im Programm enthielten, boten hochwertige künstlerische Leistungen und bestätigten aufs neue, daß dieser Sängerkorps in der virtuellen Technik seiner Gesangskunst, in der dynamischen und rhythmischen Abstufung seines Vortrages und in der ganz außerordentlichen Diszipliniertheit seiner Sänger der gegenwärtig vollkommene unter allen tschechischen Männerchören ist, was um so mehr bedeuten will, als sich unter diesen Männerchören von international anerkannter Tüchtigkeit befinden. In der kriegerischen Vortragsordnung der mährischen Lehrer, die dem Zborover Gedenktage nicht als nationalem, kriegerischem Ereignis, sondern als traurigem, schrecklichem Geschehen huldigten, waren vorwiegend moderne tschechische Tonsetzer vertreten: J. B. Foerster, Korman, Komalka, Janacek, Karel u. a. m. — Ebenso belegend wie im höchsten Maße interessant war ein Abend wehrkräftiger Lieder, den der bestbekannte und auch bereits im Auslande geschätzte Prager Vokale-Kinderchor gab. Diese Kinder in echter, ungewohnter Mutigkeitsleistung zu hören und dabei festzustellen, wie ihnen ihr Singen spielend zur beachtenswerten, dynamisch und rhythmisch, insbesondere aber in der Intonation vorbildlich ausgeprägten Gesangskunst geworden ist, bereitet dem Hörer eben so viel Freude wie Genugung. Das reiche Programm dieser alle Herzen im Auge gewinnenden Abendkonzerte enthielt in fünf Abteilungen wehrkräftige Volkslieder verschiedener, auf Liebe, Familienleben, Humor und Mut bezughabenden Inhalte. Den ausgezeichneten einleitenden Vortrag bei diesem Konzert hielt der tschechische Musikgelehrte Prof. Zdenko Rájecký, während die dazu gehörigen Gesangsbeispiele Frau Džandek, eine nicht nur durch große und schöne, sondern auch von Wärme und Befähigung getragene Stimmführung ausgezeichnete tschechische Mezzosopranistin sang. — Der Prager deutsch-literarisch-künstlerische Verein, der schon im vorigen Jahre den Prager Tonsetzern ein eigenes Konzert gewidmet hatte, gab auch heuer einen Abend Prager Komponisten, dessen künstlerische Ausführung in den Händen des Prager Koral-Frank Quartettes der Herren Koral, Silla, Klabil und Frank lag. Zur Aufführung gelangten: Ein durch Klangprägnanz ausgezeichnetes Quartett von dem Jemlinsky-Schüler Hans Krása, ein satirisch gediegenes und formal ebenso schön wie wirkungsvoll aufgebaute Divertimento für Violine, Bratsche und Cello von dem tschechischen Tonsetzer K. B. Kral, eine bizarr und eigenwillige, mehr zum Widerspruch reizende als wirkungsvolle Sonate für unbegleitete Cello von dem Kompositionsführer der Prager deutschen Musikakademie Fidello Fintke und ein inventivreiches, rhythmisch frisches und in der Form ganz außerordentlich konzentriertes und liebevoll gearbeitetes dreifaches Streichquartett von dem Schönberg-Schüler und Kapellmeister des Prager deutschen Theaters Viktor Ullmann. — Die deutsche Musikakademie hatte in der Berücksichtigung zwei ihrer vorbildlichen und pädagogisch wertvollen öffentlichen Musikabende veranstaltet. Bei dem ersten kamen die reifen Talente der Normalklassen für Klavier, Gesang, Klarinette und Orgel zum Gehör, um Proben ihres Könnens abzulegen und damit auch Beweise von der erfolgreichen künstlerischen Arbeit ihrer Anstalt zu liefern, während der zweite den Absolventen der Klavier-Meisterklasse Prof. Conrad An-

sores gehörte. Infolge stellte uns diesmal drei Damen (Gertrude Sutter, Hilde Färber und Hilde Liebl) und einen männlichen Kandidaten (Emil Kade) vor. Teilweise kennt man die pianistischen Fähigkeiten dieser Meisterkinder bereits von früheren Veranstaltungen der Musikakademie, als sie hier noch ihre Normalausbildung genossen. Ansores Meisterunterricht äußerte sich bei seinen Lieblings-schülern auch heuer wieder in erster Linie hinsichtlich der Phrasierung und geistigen Durchdringung im Klavierdortrage; denn in technischer Hinsicht vermag es auch der beste Meisterlehrer nicht, in der kurzen Zeit eines einjährigen Kurses bestimmend auf seine Schüler abzufärben. Auffallend war nur, wenigstens bei den Damen, der Mangel an Akzentuierung im Anschlage sowie der Mangel an Sinn für technische Sauberkeit und rhythmische Festigkeit. — Eine hocherfreuliche Künstlerbekanntheit durfte man in einem Klavierabend erneuern, den der subetendentesche Pianist Josef Langer gab. Allzu lange hat dieser inbrünstige und in seiner Kunst ganz aufgehende Künstler die Prager Konzertsäle gemieden. In Bachs „Chromatischer Phantasie und Fuge“, in einer Mozart-Sonate, vor allem aber in Beethovens mitleiderbarer Ausdruckskraft gespielten „Waldstein“-Sonate imponierte Langer auch diesmal wieder durch die kraftvoll-männliche Note seines Klaviertones, durch stehende Technik, hervorragende Rüstigkeit in der Phrasierung und Schattierungsreichtum im Vortrage. Als Neuheit für Prag spielte Langer die kürzlich erst im Verlage der Wiener Universaledition erschienenen „Zehn Kinderstücke“ von dem Prager deutschen Lieddichter Fidello Fintke, Schumann verwandte, ungemien charakteristische und im Rhythmus wie in der Klangkombination gleich fesselnde Klavier-Vortragsstücke, die allerdings nur dem Namen nach, nicht aber auch hinsichtlich ihrer Klaviertechnischen Anforderungen „Kinderstücke“ sind. Warum läßt sich unsere deutsche Musikakademie den Meisterpianisten Langer als Lehrkraft entgehen? Das durchwegs moderne System seiner Klavierkunst (Gewichtsspiel) und sein erfolgreiches pädagogisches Wirken in der subetendenteschen Provinz, der Langer als armer Leute Kind entstammt, prädestinieren ihn zum Lehramt an dieser Musikbildungsstätte. (9. 3.)

Eine Ehreng Franz Schalks. Aus Wien wird gemeldet: Unterrichtsminister Schmitz überreichte dem Direktor der Staatsoper, Franz Schalk, das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Ehrenkreuz für Verdienste um die Republik.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag (174-2), 7 Uhr: „Alexandra.“ Freitag, 7 Uhr: „Fidello.“ Samstag (175-2), 7 Uhr: „Alt-Heidelberg.“ Sonntag (176-4), 7 Uhr: „Alexandra.“ Montag (177-1), 7 Uhr: „Maskenball.“

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag: „Konzert“, Freitag: „Der gefällige Thier“, Samstag: „Die Wette“, Sonntag: „Die Wette“, Montag: „Die neuen Herren“.

### Schriften zur Zeit.

Julius Deutsch, Wehrmacht und Sozialdemokratie, K 15.— Kurt Geyer, Führer und Masse in der Demokratie K 21.— Eduard Hellmann, Die sittliche Idee des Klassenkampfes, K 16.— Volkabuchhandlung, KREMSER & Co. Topfitz-Schönau. Theresiengasse 20.

### Sachen links!

Das neue deutsche Bildblatt erscheint wöchentlich. Jede Nummer K 1.00. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung KREMSER & Co. Topfitz-Schönau, Theresiengasse 18-20.

**Hühneraugen**  
Hornhaut besenigt in einigen Tagen nur VITEK'S „Anticornein“  
Eine Flasche K 6.—. Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Allein echt von Fr. Vitek & Co., Prag II. Vodickova 33.